

**ÖKONOMISCHE, POLITISCHE
UND ÖKOLOGISCHE KRISE UND
HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE
ORGANISIERTE
ARBEITER*INNENBEWEGUNG**

RESOLUTION ZU PERSPEKTIVEN FÜR DEUTSCHLAND

**BESCHLOSSEN AUF DER BUNDESKONFERENZ
VOM 14.-16. FEBRUAR 2020 IN KASSEL**



Beschluss der SAV-Bundeskonzferenz vom 14.-16.2.2020

PERSPEKTIVEN FÜR DEUTSCHLAND

ÖKONOMISCHE, POLITISCHE UND ÖKOLOGISCHE KRISE UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE ORGANISIERTE ARBEITER*INNENBEWEGUNG

Wir erleben eine Krise des Kapitalismus, die im politischen, ökologischen und sozialen Bereich spürbar ist. Ein Teil der Arbeiter*innenklasse hat durch diese Krise schon Einschränkungen im Lebensstandard hinnehmen müssen, andere Teile der Klasse haben in den letzten Jahren noch Realloohnerhöhungen zu verzeichnen gehabt.

Hunderttausende Menschen, vor allem Jugendliche, waren 2019 auf der Straße gegen Klimawandel und Umweltzerstörung aktiv. Diese Bewegung des letzten Jahres hat politischen Druck aufgebaut, den gesellschaftlichen Diskurs verändert und auch in Gewerkschaften und die Arbeiter*innenklasse hineingewirkt. "System change, not climate change" wurde zum Slogan von Millionen. Was mit "System" gemeint ist, wie es geändert werden soll, wer es ändern kann und was an dessen Stelle tritt, ist jedoch ungeklärt und offen. Offensive Slogans und offensive massenhafte Aktionsformen stehen neben einem begrenztem politischem Programm bei gleichzeitiger Offenheit für antikapitalistische und für kleinere Schichten auch schon sozialistische Ideen.

Die Tatsache, dass die Arbeiter*innenklasse keine starke sozialistische Arbeiter*innenpartei hat, die Gewerkschaftsführungen angepasst agieren und das politische Bewusstsein weiterhin zurückgeworfen ist, führt dazu, dass die organisierte Arbeiter*innenklasse der politischen Polarisierung und der Krise der Herrschenden derzeit nicht ihren Stempel aufdrückt, weder in Bewegungen noch parteipolitisch. Frühe-

re Traditionen der Selbstorganisation in den Betrieben sind stark zurückgeworfen bis nicht mehr existent und erschweren die kollektive politische Diskussion.

Wir sind mit einer Periode schneller Veränderungen, aber einer verzögerten Bewusstseinsentwicklung konfrontiert.

Das stellt uns vor die Herausforderungen, unsere Prinzipien und Programm in einem komplizierten Umfeld zu verteidigen und jeweils auf die konkrete Situation anzuwenden. Wir lernen dabei kollektiver und stärker im Vorwärtsgehen als in der Vergangenheit. Jedes Mitglied ist aufgefordert, die vorliegenden Perspektiven, die die Bundeskonferenz diskutiert und beschließt, in der Realität zu überprüfen und sich in einen kollektiven Lernprozess einzubringen.

Die Resolution gliedert sich in folgende Abschnitte:

ÖKONOMISCHE AUSSICHTEN

POLITISCHE KRISE DER HERRSCHENDEN UND NEUE KONSTELLATIONEN

DIE LINKE: ZUSTAND UND PERSPEKTIVEN

NAZIS UND RECHTSPOPULISMUS

PERSPEKTIVEN FÜR DEN KLASSENKAMPF, GEWERKSCHAFTEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN UND BEWUSSTSEIN

ÖKONOMISCHE AUSSICHTEN

ZUR LAGE DER WELTWIRTSCHAFT

Die letzte Weltwirtschaftskrise der Jahre 2007 bis 2009 war die tiefste Krise seit der großen Weltwirtschaftsdepression von 1929 bis 1932. Wie im Kapitalismus üblich wurden die wirtschaftlichen Verluste nicht von den Profiteuren des vorangegangenen Aufschwungs beglichen, sondern in Form von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau auf die Schultern der Beschäftigten abgewälzt. Im Zuge der Krisenbewältigung stieg die ökonomische und politische Instabilität weltweit sichtbar an. Die öffentlichen und privaten Schuldenberge wuchsen, die Zentralbanken leiteten eine Phase der Nullzinspolitik ein. Die innerimperialistischen Konflikte vertieften sich und gaben nationalistischen Regierungen Aufwind, die sich vom Programm der neoliberalen Globalisierung der 1980er und 1990er Jahre verabschiedeten und sich auf protektionistische und bilaterale Maßnahmen berufen.

Mit rechtspopulistischen Regierungen wie in den USA, Brasilien, Ungarn, Polen und der Türkei an der Macht zeigt der Kapitalismus seine hässliche Fratze heute zunehmend offener. Gleichzeitig sehen wir eine Zunahme von Bewegungen und

Aufständen wie in Hongkong, Sudan, Bolivien, Chile, Ecuador und im arabischen Raum sowie Versuche, linksreformistische Formationen zu entwickeln (auch wenn viele von diesen stagnieren oder sich in einer Krise befinden), so dass wir auf der politischen Ebene von einer zunehmenden Polarisierung sprechen können.

Wie wir heute feststellen können, ist es den kapitalistischen Staaten mit ihren Instrumenten der Krisenbewältigung nicht gelungen, das dem letzten Einbruch der Weltwirtschaft zugrundeliegende Krisenpotential in den Griff zu bekommen. Die eingeleiteten Veränderungen werden nun zur Bürde im Angesicht der nächsten aufziehenden Krise: Öffentliche Verschuldung und Nullzins beschränken den Spielraum für weitere Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur, international koordinierte Maßnahmen zur Krisenprävention sind unwahrscheinlicher und Handelskriege (wie aktuell zwischen China und den USA) wahrscheinlicher geworden.

Der genaue Verlauf und die Tiefe der nächsten Krise sind unklar, sicher ist allerdings, dass sie zeitnah kommt und in Teilen der Welt schon da ist. Die industrielle Produktion in

Europa, Japan und den USA geht zurück und das Wachstum in China ist so niedrig wie in den letzten dreißig Jahren nicht mehr. Die bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren derzeit, dass die Dimension der kommenden Krise nicht das Ausmaß der letzten annehmen wird, dennoch ist es nicht ausgeschlossen, dass es zu einem Einbruch in ähnlicher Größenordnung kommt. Ein Grund dafür ist, dass viele der Maßnahmen zur Krisenbewältigung bereits in der letzten Krise angewandt wurden. Die Leitzinsen sind immer noch historisch niedrig, die Staatsverschuldungen nach Bankenretungen und teuren Konjunkturmaßnahmen hoch.

Eine Kombination günstiger Faktoren für einen länger anhaltenden substantiellen wirtschaftlichen Aufschwung wie nach Ende des Zweiten Weltkriegs infolge der Weltwirtschaftsdepression von 1929-1932 existiert heute nicht. Die grundlegende Erholung der Profitrate im Nachkriegsaufschwung basierte auf zwei Weltkriegen, Faschismus, mehreren gescheiterten Revolutionsversuchen, der unangefochtenen ökonomischen Hegemonialstellung der US-Wirtschaft und grundlegenden technologischen Innovationen in der Automobil-, Maschinen und Chemieindustrie, die einen positiven Effekt auf die Massenkaufkraft hatten. Die Lage heute ist dagegen gekennzeichnet durch niedrige Profitraten in der Realwirtschaft und eine strukturelle Überakkumulation von Kapital, die insbesondere auf den Finanzmärkten sichtbar wird (z.B. im Umfang von derzeit 1.200.000 Milliarden US-Dollar auf den globalen Märkten für Finanzderivate). Statt einer Lokomotive der Weltwirtschaft gibt es sich untereinander bekämpfende Wirtschaftsblöcke. Der dominierende technologische Fortschritt im Bereich der Digitalisierung wirkt überwiegend arbeitskräftersetzend.

ZUR ÖKONOMISCHEN LAGE IN DEUTSCHLAND

Während das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 zwischen 0,5 und - 0,2 Prozent (preis-, saison- und kalenderbereinigt) pendelte, rechnen die führenden Konjunkturforschungsinstitute für das Jahr 2020 mit einer Abschwächung. Als Ursachen genannt werden die sinkende Auftragslage im produzierenden Gewerbe, die zunehmenden Handelsspannungen zwischen Europa, China und den USA sowie die unsicheren Aussichten bezüglich des Brexits. Die Bundesregierung hofft, dass Deutschland von einer Rezession verschont bleiben könnte und verweist auf die weiterhin hohe Binnennachfrage.

Es ist allerdings mehr als unwahrscheinlich, dass es Deutschland aufgrund seiner besonderen Exportabhängigkeit gelingen wird, einem weltweiten Konjunkturreinbruch zu entgehen. Die deutschen Auslandsforderungen (die Summe aller Schulden von Staaten, Unternehmen und Privatpersonen im Ausland gegenüber selbigen im Inland) belaufen sich inzwischen auf 250 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung, in

Relation hierzu erreichte das britische Königreich in seiner imperialen Blütezeit 1913 lediglich 150 Prozent. Das verdeutlicht die gestiegene Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von einer weltweiten Krise.

Die Krise wird sich in Stellenabbau, Insolvenzen, Kurzarbeit und Angriffen auf Löhne und betriebliche Standards ausdrücken, der Umfang wird von der Tiefe des Einbruchs abhängen. Schon 2019 wurden in einer Reihe von Unternehmen Konsolidierungsprogramme aufgelegt.

Insbesondere das Herzstück der deutschen Wirtschaft, die Automobilindustrie, schlingert, nicht nur aufgrund konjunktureller sondern auch struktureller Probleme in Folge der Abgasskandale, Überkapazitäten und der Umstellung auf Elektromobilität. Mehrere Zehntausend Arbeitsplätze könnten in den nächsten Jahren verloren gehen, um Wettbewerbsfähigkeit herzustellen, Überkapazitäten abzubauen und Produktionen für das E-Auto insbesondere ins billigere Ausland zu verlagern (auch wenn Tesla gerade eine Gigafactory in Brandenburg bauen will).

Daimler plant bereits, eine Milliarde an Personalkosten zu sparen, Audi will 9500 Stellen abbauen. Werke werden mit der Begründung der Transformation auf Elektro-Antrieb dicht gemacht, während dieselben Konzerne neue Werke in Ländern zu billigeren Löhnen wieder aufbauen, um dort - wie VW in der Türkei - weiter Verbrennungsmotoren zu fertigen. Auch die Autozulieferer sind bereits jetzt von Spar- und Schließungsplänen betroffen. Nach IGM-Angaben will jedes zweite Zuliefererunternehmen in Baden-Württemberg Sparprogramme starten. Und auch in der exportorientierten Stahlindustrie laufen diese - bei Thyssen Krupp sollen bis zu 6000 Stellen gestrichen werden, darunter auch im Autozulieferergeschäft.

Von den Arbeitgeberverbänden wird bereits ein Angriff auf die Arbeitszeitregelungen vorbereitet. Weiter voranschreiten wird auch der Prozess von Austritten aus der Tarifbindung. Laut IAB-Betriebspanel waren 2018 noch 27 Prozent aller Betriebe in einem Branchentarifvertrag, in Ostdeutschland sogar nur noch 17 Prozent. Das entspricht einem Rückgang von 21 Prozentpunkten in beiden Landesteilen seit 1996.

Wie tief die Krise in Deutschland wird, hängt entscheidend davon ab, inwieweit die schon jetzt beobachtbare Rezession im verarbeitenden Gewerbe auf die Gesamtwirtschaft übergreift. Derzeit werden Teile der Wirtschaft noch durch gegenläufige Entwicklungen insbesondere beim privaten Konsum am Laufen gehalten.

SPIELRAUM ZUM GEGENSTEUERN

Grundsätzlich gilt für Deutschland gleichermaßen, dass der Spielraum für keynesianische Maßnahmen beschränkter ist

als während der Krise vor zehn Jahren. Weitere Zinssenkungen sind nur noch als Erhöhung des Negativzinses möglich, was kaum noch zusätzliche Kreditvergaben anreizen, sondern eher dazu führen wird, dass die Geschäftsbanken irgendwann darauf verzichten, ihr Geld bei den Zentralbanken zu deponieren. Durch die Schuldenbremse hat sich der deutsche Staat selbst Ketten bezüglich eines deficit spendings zur Krisenbekämpfung angelegt.

Jedoch sind die verbleibenden Spielräume für staatliche Investitionsprogramme in Deutschland weitaus größer sind als in den meisten Volkswirtschaften weltweit. Der Bund verzeichnet seit 2014 Überschüsse. Bisher hält die Bundesregierung an der schwarzen Null fest und nutzt auch im Haushalt 2020 die Möglichkeit nicht, im Rahmen der Schuldenbremse neue Schulden von bis zu zwölf Milliarden Euro aufzunehmen. Hinzu kommen Rücklagen von 40 Milliarden und weitere nicht abgerufene Milliarden Euro für Investitionen.

Zusammen mit einer schon jetzt von Seiten des Sachverständigenrats angemahnten Aufweichung der Schuldenbremse werden so auch in der kommenden Krise Spielräume verbleiben, um antizyklische Konjunkturmaßnahmen durchzuführen. Maßnahmen wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags, die Einführung der Grundrente und eine Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung werden in geringem Ausmaß zusätzliche Kaufkraft mobilisieren.

Der Sachverständigenrat bekommt bei seinem Vorschlag der Aufweichung der schwarzen Null Rückenwind von DGB und BDI, welche die Bundesregierung auffordern, 450 Milliarden Euro mehr zu investieren. Der Vorschlag macht deutlich, dass sich das Kapital (im Schulterschluss mit der Gewerkschaftsspitze) auf eine Eintrübung der Konjunktur vorbereitet und verstanden hat, dass der staatliche und private Binnenkonsum gesteigert werden muss, um mögliche Exportausfälle zu kompensieren.

Wie weit die Angriffe auf der betrieblichen Ebene durch politische Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter*innenklasse ergänzt werden, hängt vom konkreten Verlauf der Krise ab. Bei einem moderaten Einbruch wird die große Koalition wahrscheinlich darauf verzichten können, Vorschläge wie den des Chefs von BASF zur Neuauflage einer Agenda 2020 und den der Bundesbank für ein höheres Renteneintrittsalter aufzugreifen. Bei einem tieferen Einbruch wird es dagegen sicherlich Überlegungen in dieser Richtung geben, um die Verwertungsbedingungen für das eigene Kapital in der von CDU und SPD diensteifrig wahrgenommenen Rolle des idealen Gesamtkapitalisten zu verbessern. Auch Niederlagen der Arbeiter*innenklasse in anderen europäischen Ländern könnten die Phantasie der Herrschenden beflügeln, ähnliche Verschlechterungen in Deutschland versuchen umzusetzen.

OSTDEUTSCHLAND

In Ostdeutschland gibt es - bedingt aus der Historie - eine spezifische Situation. Während die Herrschenden heute versuchen, die letztendlich gescheiterte politische Revolution in der DDR und den Mauerfall vor dreißig Jahren einseitig in ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft umzudeuten, wirken die Nachwehen der Restauration des Kapitalismus bis heute ökonomisch fort. Damals wurden 8.500 Betriebe mit rund 45.000 Betriebsstätten und vier Millionen Beschäftigten in einem historisch beispiellosen Hauruckverfahren privatisiert. Statt der ursprünglich vom Treuhand-Chef Rohwedder taxierte 600 Milliarden D-Mark wurden das gesamte Betriebsvermögen der DDR letztendlich für lediglich 70 Milliarden D-Mark verkauft und dies zu 80 Prozent an westdeutsche Investoren. Insgesamt machte die Treuhand bei der Abwicklung noch Schulden von ca. 230 Mrd. D-Mark. Nach wie vor sind die Skandale um die Treuhand und den Ausverkauf des „Volkeigentums“ nicht aufgearbeitet. Das führte damals und bis heute zum Gefühl betrogen worden zu sein. Interessant ist, dass aktuelle Initiativen wie „Aufbruch Ost“ - obwohl geprägt von jüngeren Schichten die 89-92 noch nicht im Erwerbsleben standen - Forderungen nach Aufarbeitung des Treuhandskandalos aufstellen. Der Ausverkauf der Treuhand und verloren gegangene Kämpfe müssen wir genauer mit einbeziehen um die heutige Stimmung in Ostdeutschland verstehen zu können.

Statt eine eigene wirtschaftliche Entwicklung im Sinne der von Helmut Kohl in Aussicht gestellten blühenden Landschaften zu befördern, nutzten die westdeutschen Konzerne Ostdeutschland und die ruckartige Währungseinführung mit der gegenüber der Mark starken D-Mark, um ihr Marktgebiet zu erweitern und zusätzliche Größenvorteile in der Produktion (mit entsprechend sinkenden Stückkosten) zu realisieren. Ergebnis dieses ökonomischen Kahlschlags ist ein bis heute um 30 Prozent niedrigeres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf mit durchschnittlich 32.108 Euro in Ostdeutschland (inkl. Berlin) und 42.917 Euro in den alten Bundesländern. In Folge erreichten die Nettoabwanderungen in Richtung Westdeutschland zwischen 1991 und 2016 eine Zahl von 1,1 Millionen Menschen. 92 Prozent der ostdeutschen Arbeitnehmer*innen sind heute in einem Unternehmen mit höchstens 249 Mitarbeitern beschäftigt, in Westdeutschland liegt dieser Wert mit 77 Prozent deutlich niedriger. Der industrielle Kahlschlag nach 89 - in seinem Ausmaß weltweit einzigartig - führte zu einer Massenarbeitslosigkeit. Mehr als 2,5 Millionen Menschen wurden zwischen 1989 und 1991 arbeitslos. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist bis heute in Ostdeutschland besonders ausgeprägt.

Während der Bewegung gegen die Einführung von Hartz IV zeigte sich aber auch das Widerstandspotential im Osten. Jedoch wurde auch dieser Kampf letztlich verloren, genau wie

der Kampf der IG Metall um die 35 Stundenwoche in Ostdeutschland 2003.“

Seit 1990 haben die Ostdeutschen fast nie die Bundesregierung gewählt, die nach der jeweiligen Wahl tatsächlich zustande gekommen ist. Während die etablierten westdeutschen Parteien CDU, SPD, Grüne und FDP in der letzten Bundestagswahl 2017 in Westdeutschland 77 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten, waren dies in Ostdeutschland lediglich 54 Prozent. Dieser Wert war auch in den davorliegenden Bundestagswahlen jeweils deutlich niedriger als in den alten Bundesländern, nur dass eben hier die Linkspartei in ihrer Hochphase 2009 mit 28,5 Prozent gewählt wurde. Heute liegt die AfD mit nun 21,9 Prozent vorn. Die gesellschaftliche Polarisierung und der zunehmende Bedeutungsverlust der traditionellen „Volksparteien“ führt dazu, dass stabile, zuverlässige Mehrheiten immer schwieriger zu organisieren sind. Deutschland hat schon längst ein 6-Parteien-System. Da das Bürgertum weder der AfD noch der LINKEN so richtig über den Weg traut, wird es in Zukunft weitere Regierungsführungskrisen geben. Das ist auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten, wo alte Parteien verschwinden, neue „Bewegungen“ kometenhaft an die Regierung kommen und schnell wieder verglühen.

POLITISCHE KRISE DER HERRSCHENDEN, NEUE KONSTELLATIONEN UND AUTORITÄRE HERRSCHAFTSFORMEN

Die sich abzeichnende ökonomische Krise wird die deutsche Wirtschaft zu einer Zeit treffen, in der sich die Herrschenden bereits in einer politischen Legitimationskrise befinden und die ehemaligen Volksparteien SPD und CDU/CSU stark an Zuspruch eingebüßt haben. Hinzu kommen innerparteiliche Auseinandersetzungen in beiden Parteien. All das markiert einen wichtigen Unterschied zur Ausgangslage der Herrschenden vor dem Einbruch der Finanzkrise 2008/2009.

AUTORITÄRE HERRSCHAFTSFORMEN

Der herrschenden Klasse ist sich bewusst, dass die ökonomischen und gesellschaftlichen Verwerfungen der Zukunft große Klassenkämpfe und Widerstandsbewegungen auslösen können. Darauf bereitet sie sich unter anderem dadurch vor, dass autoritäre Maßnahmen ausgeweitet werden und demokratische Rechte weiter abgebaut werden.

Der Polizeieinsatz beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg wurde von Aktivist*innen zurecht als Aufstandsbekämpfungstest bezeichnet. Auch der massive Polizeieinsatz im Hambacher Forst stellt in vielerlei Hinsicht eine neue Qualität dar, nicht zuletzt weil die CDU/FDP- Landesregierung so offen-

sichtlich und mit einer so fadenscheinigen Begründung zur Erfüllungsgehilfin von RWE wurde.

Hinzu kommen die neuen Polizeiaufgabengesetze in Bayern, NRW und nahezu allen anderen Bundesländern, die die Befugnisse der Polizei ausweiten.

Das Bewusstsein in Deutschland ist polarisiert, von den Gegensätzen profitieren auf der Ebene der Parteien derzeit einerseits die AfD und andererseits die Grünen. Es spricht sehr viel dafür, dass sich der Trend der Abwendung von Union und SPD im Zuge der nächsten Wirtschaftskrise mittel- und langfristig fortsetzen wird. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass es zu Beginn der Krise eine „Keine Experimente“-Stimmung gibt und Menschen aus der Arbeiter*innenklasse aus Angst vor Änderungen in der Zukunft für eine kurze Zeit auf etablierte Parteien setzen, die die Regierung stellen, wenn auch ohne große Illusionen. Bereits bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen gab es einen „Amtsinhaberbonus“ für die Partei des jeweiligen Regierungschefs, aus Angst vor einer erstarkten AfD.

ANFANG VOM ENDE DER GROKO

Die Groko ist bei den Wähler*innen äußerst unbeliebt. Merkel und AKK einerseits und maßgebliche Teile der SPD-Fraktion um Olaf Scholz andererseits versuchen alles, damit die Groko bis zum Ende der Legislaturperiode durchhält. Mit der Wahl von Esken/Walter-Borjans hat die Mehrheit der SPD-Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, ihre Kritik bis hin zur Ablehnung der Groko deutlich gemacht. Die SPD steckt jedoch in einem echten Dilemma: Mit jedem Monat, den sie die Groko fortsetzt, verliert sie weiter an Zustimmung. Gleichzeitig würden Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt dazu führen, dass sie einen Großteil ihrer Mandate und alle Regierungsposten verliert. Für die Union würden vorgezogene Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls deutliche Verluste und einen offenen Ausbruch des Kampfes um Merckels Nachfolger*in und den politischen Kurs bedeuten.

MACHTKAMPF UM AUSRICHTUNG DER CDU

Der Machtkampf in der CDU und der Kampf um die Nachfolge von Merkel ist in vollem Gange. Im Kern geht es um die Frage, ob die CDU vor allem um AfD-Wähler*innen buhlen sollte und dafür stärker nach rechts rücken muss oder ob der jetzige Kurs richtig ist und die Grünen die Hauptgegner*innen sind. Daniela Vates kommentiert in der Berliner Zeitung vom 20.11.2019:

„In der Amtszeit von Angela Merkel hat die CDU sich bei SPD und Grünen bedient und war als großer Mitte-Staubsauger ziemlich erfolgreich. Seit einer Weile aber franst die Partei rechts außen aus, gleichzeitig knuspern die schwarz-rot-gold gewandeten Grünen an der bequemen Bürgerlichkeitserzäh-

lung samt staatstragender Pose und offensiver Wirtschaftspolitik mit eingängigem Namen "Green New Deal."

Der Wirtschaftsflügel, die Mittelstandsvereinigung, Merz und Spahn wollen die Union in Zukunft noch stärker rechts an den Themen Innere Sicherheit, Einsätzen der Bundeswehr im Ausland, Abbau demokratischer Rechte profilieren. Die behauptete „Sozialdemokratisierung“ der CDU unter Merkel ist zwar im Wesentlichen ein Mythos, doch dem Union-Wirtschaftsflügel ist die Positionierung Merkels gegenüber der Energiewende und den Geflüchteten zu liberal und für die Erfolge der AfD verantwortlich.

Gleichzeitig übernehmen die Grünen immer stärker den Platz einer modernen liberalen kapitalistischen Partei und treten mit der Union und FDP in den Wettbewerb um diese Wähler*innen. Deshalb setzen moderatere Kräfte in der Union wie Armin Laschet, CDU-Ministerpräsident in NRW und Unterstützer Merkels, aber auch Markus Söder (CSU) darauf, den Wettbewerb gegen die Grünen zu gewinnen und die Union moderner und klimafreundlicher zu präsentieren, ohne das Thema Innere Sicherheit fallen zu lassen. Söder gibt sich als größter Bienenschützer Bayerns, seitdem die Grünen bei der letzte Landtagswahl der CSU die absolute Mehrheit streitig machte.

Wasser auf die Mühlen von Laschet und Söder ist eine Forsa-Umfrage von Mitte November 2019, derzufolge neun von 100 CDU-Abwandernden AfD wählen würden, aber 37 von 100 die Grünen (29% würden gar nicht an der Wahl teilnehmen). Während Laschets Sicht auf den Hauptgegner Grüne in Teilen Westdeutschlands stimmt, konkurriert die CDU im Osten vor allem mit der AfD. Es ist auch möglich, dass AKK zwischen den beiden Polen der Union hin und her schwankt und sich Merz, Spahn einerseits oder Laschet, Söder andererseits gegen AKK als Kanzlerkandidat durchsetzen.

Der bisher deutlichste Ausdruck des Richtungsstreits innerhalb der Union war die Wahl des FDP-Manns Kemmerich zum Ministerpräsidenten in Thüringen mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD. Während die Thüringen-CDU, Teile der Jungen Union und die Werte-Union die Wahl Kemmerichs verteidigten, zogen Merkel und AKK die Reißleine. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther forderte erneut dazu auf, das Verhältnis der Union zur LINKEN neu zu bestimmen.

KRISE DER SPD

Die SPD steckt in einer noch tieferen Krise als die Union. In einigen ostdeutschen Bundesländern ist ihre Wahlunterstützung einseitig. Im Westen fällt sie von einem höheren Niveau tiefer. Dass es bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2020 wahrscheinlich noch für die Fortsetzung von Rot-Grün rei-

chen wird, hat mehr mit der Stärke der Grünen als mit der Performance der SPD zu tun.

Die Wahl der neuen Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter Borjans hat dem Regierungs-Establishment der SPD um Scholz und Heil einen Schlag verpasst und den Unmut der SPD-Basis und die gestärkte Position der Jusos um Kevin Kühnert zum Ausdruck gebracht. Esken und Walter-Borjans stehen für den Ausbau öffentlicher Investitionen, eine Aufweichung der Schuldenbremse, eine Erhöhung des Mindestlohns und eine höhere Besteuerung von CO2. Mit der Umsetzung dieser Forderungen und möglicher Nachverhandlungen scheiterten sie jedoch unmittelbar am SPD-Apparat und ihrer eigenen Defensivität. Esken/Borjans sind weder mit Corbyns Politik in Großbritannien noch mit der Dynamik, die Corbyn ausgelöst hatte, vergleichbar. Die Rebellion innerhalb der SPD ist vom Tisch, bevor sie begonnen hat. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass die Groko vor dem Ablauf der Legislaturperiode endet, aber die Forderung des Groko-Aus wird nur noch von wenigen Kräften in der SPD erhoben.

Das hält die Reformer*innen und Parteivorsitzenden der LINKEN jedoch nicht davon ab, mit Verweis auf die neuen SPD-Parteivorsitzenden und den Höhenflug der Grünen verstärkt auf Rot-Rot-Grün zu setzen. Eine solche Option kann unter einer nicht unbedeutenden Schicht in der Arbeiter*innenklasse auf Zustimmung treffen. Diese Zustimmung ist nicht mit Begeisterung und zu verwechseln, aber bedeutet, dass es wir unsere Positionierung eines wirklichen sozialistischen Regierungswechsels konkreter erklären müssen.

WIE LANGE HÄLT DER GRÜNEN-HYPE?

Der Höhenflug der Grünen hat seine objektive Basis darin, dass der Klimawandel bei fast allen Wahlen der letzten Monate das Thema Nummer 1 war und sich viele Menschen darum und auch um die Umweltzerstörung sorgen. Das ist ein internationales Phänomen und kommt in den riesigen Fff-Demos zum Ausdruck aber auch in den Wahlerfolgen der Grünen in Irland, Österreich und anderen Ländern. In Deutschland werden vor allem die Grünen mit dem Thema verbunden. Dazu kommt, dass sie – auch aufgrund der Fehler der LINKEN – als Gegenpart zur AfD gesehen werden.

In Deutschland wurde der grüne Wahlerfolg dadurch begünstigt, dass diese auf Bundesebene seit 2005 in der Opposition sind. Sie werden teilweise als die klassenübergreifende Kraft zur „Weltrettung“ gesehen. Sie werden dabei auch von ehemaligen SPD- und CDU-Wähler*innen gestützt, die sich einen moderneren freundlicheren Kapitalismus und eine reformierte sozialere EU wünschen.

Ein Teil des Hypes um die Grünen ist jedoch von den Medien geschürt und wird nicht über Monate stabil sein, das

wurde bereits bei Wahlen in Ostdeutschland im Herbst 2019 deutlich. Erinnert sei daran, dass die Grünen bereits um die Katastrophe von Fukushima im Jahr 2011 aus dem einstelligen Bereich 2009 auf 28 Prozent im Frühjahr 2011 kletterten, um im September 2013 wieder einstellig zu werden. Diesmal spricht einiges dafür, dass Klimakrise den Grünen über längere Zeit einen größeren Sockel an Unterstützung beschert, der auch konjunkturelle Unzufriedenheit übersteht. Wie schnell diese Unterstützung bei einem wahrscheinlichen Eintritt der Grünen in eine Bundesregierung mit der Union und ggf. auch der FDP ab 2021 bröckeln könnte, hängt auch von der genauen ökonomischen Entwicklungen und den daraus folgenden Maßnahmen einer solchen Regierung ab.

Die Grünen werben für eine "sozial ausgerichtete Marktwirtschaft" und einen "Green New Deal". In ihrem Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz von November 2019 versuchen sie es allen Recht zu machen, indem sie behaupten, Märkte könnten zerstörerisch wirken, aber auch eine grüne Revolution entfachen, wenn die Ansätze richtig gesetzt seien. Wie tragfähig ein solcher Ansatz, es allen Recht zu machen ist, wird sich spätestens beim Eintritt in eine Bundesregierung zeigen. Erstmal könnten die Grünen für eine Zeit, der Union den Platz des "Mitte-Staubsaugers" streitig machen.

ZEICHEN AUF SCHWARZ-GRÜN?

Derzeit ist die Bildung einer schwarz-grünen Bundesregierung nach den nächsten Bundestagswahlen die wahrscheinlichste Variante. Schwarz-Grün oder auch Jamaika hätten für das Kapital den Vorteil, als moderne Kapitalismus-Variante zu wirken. Sie könnte sowohl den nötigen Umbau der deutschen Industrie in Richtung E-Mobilität und Digitalisierung einläuten als auch im Falle einer tieferen Rezession auf als Klimamaßnahmen getarnte Liberalisierungen, Betriebs-

schließungen, Steuererhöhungen und Privatisierungen setzen und dies möglicherweise mit Investitionen in Klimaschutz als Konjunkturpakete zur Krisenbekämpfung verbinden. Innerhalb der Klimabewegung würden solche Maßnahmen wahrscheinlich zu Verwirrung und in Teilen auch Illusionen führen. Das könnte die Distanz zwischen der Klimabewegung und Kolleg*innen in der Autoindustrie, die um ihre Jobs bangen, weiter verschärfen.

Im Vergleich zur GroKo müsste Schwarz-Grün weniger Rücksicht auf die Forderungen der Gewerkschaftsbürokratie nehmen, die traditionell eng mit der SPD-Führung verbunden ist. Ein solche Regierung könnte es der SPD ermöglichen, sich in der Opposition zu erholen. Die SPD in der Opposition würde möglicherweise nach links rücken und der LINKEN stärker Konkurrenz machen. Gleichzeitig könnte DIE LINKE Wähler*innen der Grünen gewinnen, denen die Grünen zu sehr nach rechts gehen.

NEUAUFLAGE DER DEBATTE UM R2G?

Das Ende der GroKo, ob frühzeitig oder regulär, würde als eine krisenhafte Zäsur gesehen werden, vor allem wenn die Krise schon begonnen hat. Abhängig von der Tiefe der ökonomischen Krise und der Frage, welche Kräfte sich in der Union durchsetzen, kann es auch sein, dass eine Wechselstimmung in Richtung Rot-Rot-Grün im Bund entsteht.

Gerade angesichts des Erstarkens der AfD sinken auch bei Linken die Ansprüche an die Alternative. „Besser r2g als perspektivisch CDU-AfD“ könnte ein Gefühl sein. Auch wenn das Zustandekommen einer solchen Regierung im Bund derzeit nicht wahrscheinlich ist, ist eine Dynamik der Debatte in diese Richtung von Teilen der LINKEN, der Grünen-Basis und maßgeblichen Teilen in den Jusos und der SPD eine reale Option.

DIE LINKE: ZUSTAND UND PERSPEKTIVEN

DIE LINKE stagniert auf Bundesebene bei acht Prozent und hat sich einen langen lähmenden Streit um Positionen zu Migration, "aufstehen" und einen Machtkampf um Positionen geleistet. Nachdem sie im Jahr der Amtseinführung von Trump in 2017 einen Nettomitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte, überwiegen seit 2018 die Mitgliederabgänge (aktive Austritte, Todesfälle, Reduzierung wegen Beitragssäumigkeit) die Neuzugänge wieder leicht. Dennoch sind weiterhin knapp zwei Drittel der Neumitglieder jünger als 36 Jahre.

Rosa Luxemburg schrieb, dass Stagnation Rückschritt bedeutet. Trotzdem ist die Lage der Partei in Bundesländern wie Hessen oder Hamburg nicht mit der Krise der Partei in Brandenburg oder Sachsen zu vergleichen. In Hamburg finden

im Februar 2020 Bürgerschaftswahlen statt. DIE LINKE tritt als erkennbare Opposition an und organisiert Kampagnen gegen steigende Mieten und für mehr Personal im Krankenhaus. In Brandenburg und Sachsen halbierte DIE LINKE dagegen ihren absoluten Stimmenanteil bei den Landtagswahlen im Herbst 2019. Das LINKE-Wahlergebnis in Thüringen von über 30 Prozent bei gesteigerter Wahlbeteiligung widerlegt weniger den Trend der Verluste der LINKEN im Osten, sondern drückt vielmehr aus, dass Bodo Ramelow dort die Landesvater-Rolle von SPD und CDU übernommen hat und zudem von der Angst vor der Höcke-AfD als Amtsinhaber profitieren konnte. Das Ergebnis ist Wasser auf die Mühlen der Reformier*innen.

Die Gründe für die Stagnation und Krise der LINKEN sind vielfältig und die Wahrnehmung der Partei weiterhin komplex. Es reicht demnach nicht aus, nur einen Hebel umzulegen. Die Gründe sind vor allem subjektiv, aber sie hängen mit der objektiven Lage zusammen und werden durch diese erschwert.

Die subjektiven Fehler und Schwächen der Partei sind: Die starke parlamentarische Orientierung und in Teilen staatstragende Haltung, die Fokussierung auf rot-rot-grüne Mehrheiten von erheblichen Teilen von Partei und Fraktion, der Verlust der Rolle der Protestpartei im Osten, innerparteilicher Streit und unklare Positionen wie zum Thema Migration, die Eigenschaft, den Ereignissen hinterher zu traben, anstatt Kämpfe mit anzustoßen, die Macht der Fraktionen über die Partei und die Bildung von flügelübergreifenden unpolitischen Machtblöcken, die Schwäche der Parteilinken. Ein größerer Teil der Führung der LINKEN in Partei und Fraktion ist programmatisch im Rahmen des Kapitalismus gefangen. Sozialismus ist für sie keine realistische Perspektive. Sie glaubt nicht an Veränderung durch Opposition sondern durch Regierungsbeteiligung. In einer Zeit, in der sich eine neue Generation ganz junger Jugendlicher politisiert, spielt die bundesweite Führung von Linksjugend [solid] zudem keine erkennbare Rolle. Politisch dominieren dort kleinbürgerliche und teilweise verbrämt pro-imperialistische Positionen.

Die Wahrnehmung der Partei erschöpft sich jedoch nicht darin, eine linke Flanke der etablierten Parteien zu sein. So hat sich die Rolle und auch die Wahrnehmung der Partei bei den Themen Mieten und Pflege unter einer wichtigen Schicht von Aktiven zum Positiven verändert. Der Erfolg eines vom Senat beschlossenen, wenn auch abgeschwächten, Berliner Mietendeckels, wird von vielen Menschen in Berlin der LINKEN zugeschrieben. Positive Ansätze der Partei des vermehrten Stelns der Eigentumsfrage (Immobilienkonzerne, Airlines) und der Debatte zu verbindender Klassenpolitik werden jedoch selten in der Breite wahrgenommen und teilweise durch die reale Politik in Regierungsbeteiligungen konterkariert.

Zu den objektiv erschwerenden Faktoren zählen die geringe Anzahl verallgemeinerter Klassenkämpfe. Die Krise und Spaltung der Gesellschaft ist auch nicht so weit fortgeschritten wie etwa in den USA und Großbritannien. Es gibt eine stärkere Dominanz von Themen wie Klima, Feminismus, Angst vor wachsendem Rassismus, innere Sicherheit, mit denen – aus unterschiedlichen Gründen – nicht zuerst DIE LINKE in Verbindung gebracht werden. Dazu muss aber gesagt werden, dass die PDS/LINKE dreißig Jahre Zeit hatte, um sich hier einen Namen als kämpferische Opposition zu machen. Eine Zeit, die sie bei weitem nicht ausreichend genutzt hat. Hinzu kommt die politische und organisatorische Schwäche der Gewerkschaften und der Gewerkschaftslinken.

DIE LINKE hat sich zu spät am Klimathema profiliert und manche Forderungen sind zu soft, aber sie sind qualitativ radikaler als die der Grünen. Es hat dabei nicht nur subjektive, sondern auch objektiv-historische Gründe, dass den Grünen das Image der Klima-Retter-Partei zugeschrieben wird und DIE LINKE nicht schnell aufholt. Die Grünen stützen sich dabei auf das historische Erbe der in den 1970er begonnenen Anti-AKW- Umwelt und Friedensbewegungen und zehren noch davon.

Beim Thema Antirassismus ist der Streit um Migrationspolitik mit Sahra Wagenknecht und das unklare Profil der LINKEN über Monate der entscheidende subjektive Grund, warum die Grünen sich als Hauptgegner der AfD profilieren konnten.

Zu den objektiven Probleme gehört auch das Aussterben der Stammwählerschaft im Osten, der Verlust der Tradition der Arbeiter*innenklasse sich in einer Gewerkschaft oder Partei zu organisieren und anderen ist DIE LINKE schlicht zu links oder wird (in einer kleiner werdenden Schicht) weiterhin als SED-Nachfolgepartei gesehen. Letzteres hängt auch mit subjektiven Fehlern der Partei zusammen.

Die politische Ausrichtung der LINKEN ist regional sehr unterschiedlich. In manchen Bundesländern spiegeln sich die gesellschaftlichen Politisierungsprozesse stärker wieder als in anderen, vor allem den ostdeutschen Bundesländern. Es gibt jedoch auch große Unterschiede zwischen und innerhalb westdeutscher Bundesländer. Derzeit gibt es allgemein keine Stimmung, sich politisch zu organisieren. Die Performance der Partei auf Bundesebene, die politische Ausrichtung und das Vorhandensein von Kampagnenangeboten vor Ort entscheiden mit darüber, ob sich neu politisierte Jugendliche der LINKEN anschließen oder politische Angebote außerhalb der LINKEN wahrnehmen. Auch mit diesen Kräften suchen wir die Zusammenarbeit und kämpfen innerhalb der Partei um Einheitsfrontangebote. Nach den Ereignissen um Kemmerich in Thüringen sind innerhalb von zwei Tagen 200 Menschen der LINKEN beigetreten.

DISKUSSION UM R2G NIMMT NEU FAHRT AUF

Während wir bei der letzten Bundeskonferenz im Februar 2019 festgestellt haben, dass in der Partei zur gleichen Zeit in unterschiedlichen Teilen eine Links- als auch eine Rechtsverschiebung stattfindet, sind derzeit die Reformer*innen wieder stärker in der Offensive und die positiven Tendenzen haben sich abgeschwächt. Die Pro-Regierungskräfte in der LINKEN sind derzeit wieder stärker in der Offensive, auf der Grundlage des Höhenfluges der Grünen und der Wahl einer neuen SPD-Spitze. Weitere Faktoren verschieben die Koordinaten der Partei diesbezüglich nach rechts:

- Die erste R2G-Koalition in einem westdeutschen Bundesland in Bremen
- Die von großen Teilen der Partei positiv wahrgenommene Regierungsbeteiligung in Berlin
- Der Wahlerfolg von Bodo Ramelow in Thüringen

Auch viele Parteilinke haben sich positiv auf die erste rot-rot-grüne Landesregierung in einem westdeutschen Bundesland bezogen. Noch erschreckender war das Abfeiern von Bodo Ramelow durch Teile der Parteilinke.

Eine prinzipienfeste Kritik an Regierungsbeteiligungen der LINKEN mit bürgerlichen Parteien gilt heute in der LINKEN als dogmatisch und abstrakt. Außerhalb der AKL und der SAV gibt es nur wenige, die eine prinzipienfeste Kritik äußern. Viele in der Partei sehen keinen Widerspruch darin, neben einem Hoffen auf Regierungsbeteiligungen auch die Bewegungsorientierung der Partei zu intensivieren. Für uns heißt all das, dass wir unsere Position inhaltlicher besser erklären müssen, um der vorherrschenden Verwirrung an der Frage entgegen zu treten.

Trotz allem ist es derzeit weiterhin unwahrscheinlich, dass es auf Bundesebene zu R2G kommt. Die Vorbehalte der Bürgerlichen gegenüber einer Einbeziehung der Linken auf Bundesebene bestehen trotz erster Regierungsbeteiligung der Linken im Westen in Bremen weiter. Die maßgeblichen Kräfte der Grünen haben zwar ein Interesse daran, diese Option offen zu halten, orientieren aber vor allem auf Schwarz-Grün. Das wird aber maßgebliche Kräfte in DIE LINKE nicht davon abhalten, einen Wahlkampf für angebliche linke Mehrheiten mit SPD und Grünen zu führen.

DEBATTE ÜBER ZUSAMMENARBEIT MIT DER CDU

Nach den Landtagswahlen in Thüringen gibt es sogar eine Diskussion über eine Zusammenarbeit mit der CDU an der Regierung. Uns überrascht nicht die Offenheit Bodo Ramelows für diese Option, aber es ist bezeichnend, wie wenig Kritik es an solchen Überlegungen aus der Partei gibt. Das und die verbreitete Umfrage, derzufolge 79 Prozent der Menschen bundesweit und 91 Prozent der Thüringer*innen für eine Zusammenarbeit von LINKE und CDU an der Regierung (gefragt wurde nach Koalition oder Tolerierung einer Minderheitsregierung der LINKEN durch die CDU) sind, lässt zukünftige Vorstöße der Reformen*innen der LINKEN erahnen.

ZUSTAND DER PARTEILINKEN

Das Scheitern von Sahra Wagenknecht und ihren Anhänger*innen, die Koordinaten der Partei in der Migrationspolitik mit "aufstehen" nach Rechts zu verschieben, führte nicht automatisch zu einer Linksentwicklung. Ausdruck davon war, die Wahl der beiden Kandidat*innen des sogenannten Hufeisenbündnisses zur Fraktionsspitze.

Im größten Landesverband NRW, der lange Zeit von der Parteilinke dominiert wurde, hat sich ebenso ein Hufeisenbündnis gebildet. "Aufstehen"-Unterstützer, die über eine gewisse Stärke verfügen, weil die einen Teil von Wagenknechts Apparat bilden, haben sich mit einer jahrelang im Hintergrund agierenden Sozialistischen Linken (SL) sowie mit neu entstandenen Karriere-Netzwerken jüngerer Mitglieder verbündet, die zuvor Teil des linken Flügels waren. Darüber sind sowohl im Landesvorstand als auch auf Landesparteitagen die Mehrheiten gekippt. Die AKL-Mitglieder im Landesvorstand, unter anderen die Landessprecherin Inge Höger, bekommen dort keine Mehrheit mehr. Der Landesparteitag hat die Forderung der Enteignung von RWE abgelehnt und den alten gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Wachstumsbegriff festgeschrieben anstatt eine sozialistisch-ökologische Positionierung vorzunehmen.

Die Parteilinke war und ist bundesweit nicht in der Lage, eine gemeinsame Antwort auf R2G, die Rechtsentwicklung von Wagenknecht und die strategische Bedeutung eines kämpferischen und sozialistischen Kurswechsels der LINKEN zu geben.

Eine Rechtsentwicklung hat es bei der Sozialistischen Linken (SL) gegeben. Wenig verändert hat sich bei der KPF, die im Osten eine Schicht von linken LINKE-Mitgliedern bindet.

Neu gebildet hat sich die Bewegungslinke (BL). Im Dezember gründete sie sich als Bundesarbeitsgemeinschaft. Politisch spricht sich die BL zugleich für eine sozial-ökologische Transformation als auch für eine sozialistische Demokratie mit Räten aus. Sie vereinigt Genoss*innen in sich, die prinzipiell gegen Regierungsbeteiligungen im Kapitalismus sind und solche, die Hoffnungen in linke Reformregierungen setzen.

NEUAUFBAU DER PARTEILINKEN

Die Rechtsentwicklung der SL und Neugründung der BL bedeutet, dass aus einer stärkeren Kooperation zwischen BL und AKL unter Einbeziehung der KPF eine neue Parteilinke auf der Basis einer inhaltlichen Plattform entstehen müsste. Unmittelbar ist davon auszugehen, dass die BL nach ihrer Gründung erstmal neuen Zulauf erhalten wird: Sie gilt als neu, jung und aktiv. Das kann die AKL zeitweise unattraktiver erscheinen lassen. Wir sollten innerhalb der AKL dafür werben, der BL konstruktive Vorschläge zur Kooperation zu machen bei Respekt vor und kontroverser Diskussion über die inhaltlichen und strategischen Differenzen. Ein erster Anfang können gemeinsame Treffen vor der Strategiekonferenz und dem Parteitag auf Bundesebene sein und eine Absprache bei Initiativen und Anträgen zum Bundesparteitag.

Wir kämpfen weiterhin für eine kämpferische, sozialistische Partei, die stark in Betrieben, Gewerkschaften, der Klimabewegung und anderen Bewegungen verankert ist und eine selbstbewusste Oppositionsrolle einnimmt.

NAZIS UND RECHTSPOPULISMUS

Die zunehmende Polarisierung in Deutschland zeigt sich auf Ebene der Wahlerfolge der AfD. Die Partei wurde zunächst von einem Teil mittelständischer und großer Unternehmer, Professoren und Adligen gegründet, die den Euro als Fehlkonstruktion betrachteten und Merkels Europapolitik u.a. aufgrund der Niedrigzinsen ablehnten. Aus dieser Dynamik entstand die Alternative für Deutschland 2013 zunächst als eine Partei, die Protektionismus und die Rückkehr zur D-Mark forderte, vorrangig wurden auch die ESM-„Rettungspakete“ abgelehnt.

Obwohl die AfD als EU-kritisches Projekt vor allem von der gehobenen Mittelschicht und einer Minderheit der kapitalistischen Eliten gegründet wurde, verschob sie ihren politischen Schwerpunkt vor allem ab dem Entstehen von Pegida 2014 und der Migrationsdebatte 2015 vollends auf rechtspopulistische, anti-muslimische, völkische und homophobe Politik, wodurch Teile des konservativ-liberalen Flügels um Lucke und später Petry austraten. Der AfD gelang es zunehmend, einen Teil der Lohnabhängigen zu erreichen. Medial und politisch haben sich durch die Hetze der AfD Debatten um Asylrecht, Migration etc. nach Rechts verschoben, Angriffe auf Geflüchteten-Heime, Migrant*innen und Menschen, die sich für das Asylrecht aussprechen, haben von 2015 bis 2017 zugenommen.

WER WÄHLT DIE AfD?

Die AfD konnte, vor allem bei der letzten Wahl in Thüringen 2019, die meisten Nichtwähler*innen für sich gewinnen und profitierte von einer hohen Wahlbeteiligung. Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen 2019 wurde die AfD zweitstärkste Partei. In Thüringen und Sachsen wurde sie zur stärksten Kraft bei den unter 30-jährigen. Dass SPD, CDU und Linke in Sachsen, Brandenburg und Thüringen doch noch stärkste Parteien wurden, wurde durch die über 60-Jährigen entschieden. Untersuchungen zu den sozialen Hintergründen der AfD Wähler*innen haben ergeben, dass 80% männlich und nur 20% weiblich sind.

Sozial rekrutiert sich die Wähler*innenschaft der AfD aus verschiedenen Einkommensschichten und Klassen. Gemein ist ihnen die Einschätzung der sozialen und wirtschaftlichen Lage als überwiegend negativ, auch wenn diese selber nicht den einkommensschwachen Schichten angehören.

Hierin zeigen sich Abstiegsängste der Mittelschichten sowie besser gestellter Teile der Arbeiter*innenklasse. Bei den Wahlen der letzten Jahre hat sich auch ein Eindringen der AfD in die Arbeiter*innenklasse und Gewerkschaften, besonders in Ostdeutschland, gezeigt. Während rechtsgerichtete Listen bei Betriebsratswahlen in Großbetrieben keine signifikanten Ein-

brüche verzeichnen konnten, genießt die AfD eine konstant hohe Unterstützung unter Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften.

In Westdeutschland beobachten wir ähnliche Prozesse; allerdings in geringerer Größenordnung. Obwohl die Führungsspitze der AfD vorwiegend aus dem Westen kommt, gibt sich die Partei als Sprachrohr der Benachteiligten ostdeutschen Bevölkerung. So sprach Björn Höcke im Thüringer Landtagswahlkampf davon, „die Revolution“ bzw. „die Wende zu vollenden“.

In letzter Instanz basiert der Aufstieg des Rechtspopulismus auf dem sozialen Niedergang gerade in Ostdeutschland und der gewachsenen Polarisierung zwischen Arm und Reich bei gleichzeitiger scheinbarer Alternativlosigkeit zum Kapitalismus. Die Positionierung der Sozialdemokratie als Teil des neoliberalen Regimes und das geringe Niveau des Klassenkampfes haben die Zurückdrängung der Klassenfrage und den Aufstieg der „kulturellen“ Fragen und damit der Rechten erleichtert. Auch die Anpassung der LINKEN in Ostdeutschland und ihre Regierungsbeteiligung in einer Reihe von ostdeutschen Bundesländern, in deren Folge als Adresse für Protest ausfällt, haben dazu beigetragen.

Die Gründe für die Wahl der AfD sind vielschichtig und nicht monokausal, es gibt jedoch einen wichtigen Trend: Nahezu 100 Prozent der AfD-Wähler*innen finden es gut, das die AfD den Zuzug von Migrant*innen und Geflüchteten begrenzen und den Einfluss des Islam zurück drängen will. Der Anteil der AfD-Wähler*innen, die eine stärkere Abgrenzung gegen Rechtsextreme fordern sinkt, ist aber noch vorhanden: Bei der Brandenburger Landtagswahl im Herbst 2019 stimmten noch 37% der AfD-Wähler*innen (aber gut 10 Prozentpunkte weniger als 2014) der Aussage zu, dass sich die AfD nicht genügend von rechtsextremen Positionen distanzieren. Dieser Teil der Wähler*innen ist sich der rechtsradikalen Positionen der AfD bewusst, sie wählen sie aber trotzdem. Durch die jahrzehntelange rassistische Politik der etablierten Parteien, den Aufbau von NPD und DVU in der Vergangenheit und nun der AfD ist es zu einer Verfestigung des rassistischen Weltbildes unter einer wachsenden Schicht der AfD-Wähler*innen gekommen. Das Gefühl des Abgehängt-Seins und der Angst vor sozialem Abstieg trifft zusammen mit der rechten Propaganda, demzufolge die Geflüchteten nun alles und die Deutschen nichts bekämen. Die Wahl der AfD drückt damit zunehmend verfestigte rassistische Einstellungen, aber auch soziale Unzufriedenheit und verzerrt die Ablehnung neoliberaler Politik aus. Die Anti-Establishment-Attitüde der AfD, die Inszenierung als Opfer und deren soziale Demagogie verschaffen der Partei zusätzliche Sympathien, weil sie damit Wut und Hilflosigkeit Ausdruck verleihen.

Die Wähler*innen der AfD speisen sich überwiegend aus folgenden Quellen: 1. Nichtwähler*innen, 2. Ehemalige CDU-Wähler*innen, denen die CDU zu weit in die Mitte gerückt ist. Wahlanalysen zeigen drittens, dass ein nicht unwesentlicher Teil ehemalige Wähler*innen früher NPD und DVU gewählt haben. Auch SPD und LINKE haben ein Teil ihrer Wähler*innen, wenn auch qualitativ weniger als die CDU, an die AfD verloren. AfD-Wähler*innen sind in ihrer Mehrheit männlich, mittleren Alters und gehören kleinbürgerlichen bis mittleren proletarischen Schichten an, die glauben, sie hätten was zu verlieren. Neben Rassismus und Hass auf Muslime spielt der Antifeminismus und Leugnung des Klimawandels eine zunehmend größere Rolle in der neuen Rechten. Das ist nicht das Potential, das ohne eine Serie verallgemeinerter Klassenkämpfe für den Protest gegen das Establishment oder eine soziale Revolte gewonnen werden könnte. Es handelt sich bei einem Großteil um Schichten mit einer konservativen Grundeinstellung, welche nach rechts radikalisiert wurden. In Zeiten großer Unsicherheit und Krisen weltweit ist diese Polarisierung nach rechts bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich.

Wir weisen die Vorstellung zurück, bei AfD oder Pegida handele es sich um einen fehlgeleiteten sozialen Protest, man müsse deren "Probleme ernst nehmen" oder deren Anhänger*innen wären für die LINKE kurzfristig zu gewinnen, wenn diese nur konsequent gegen das Establishment auftreten würde. Eine konsequente Haltung der LINKEN ist tatsächlich nötig, um die Rechtspopulisten zurückzudrängen. Dabei geht es jedoch nicht darum, deren Anhänger*innen direkt zu gewinnen, sondern in die Offensive zu kommen, um die Jugend, die Prekarisierten, die weiblichen Lohnabhängigen, die Arbeiter*innen in den Großstädten zu gewinnen, die für linke Ideen offener sind, um mit dieser neu gewonnenen Stärke die AfD-Anhänger*innen zu konfrontieren und zu demoralisieren. Um die proletarischen Teile der AfD-Basis von den Rechtspopulisten zu lösen reicht keine gute Propaganda aus. Wiederkehrende und verallgemeinerte Klassenkämpfe sind nötig, um die kulturellen und ethnischen Fragen in den Hintergrund und die Klassenfrage in den Mittelpunkt zu rücken.

Die Parteiprogrammatik der AfD basiert weiterhin auf neoliberalen, arbeitnehmerfeindlichen Positionen. Jedoch versteht es gerade der völkische Höcke-Flügel, auf soziale Demagogie zu setzen. Im Thüringer Wahlkampf forderte Höcke eine Senkung des Renteneintrittsalters sowie eine Mindestrente - natürlich nur für Deutsche. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser sich als erfolgreich gezeigte Kurs einer Kombination aus rassistischer und sozial-populistischer Demagogie langfristig in der AfD durchsetzen wird. Für Linke und Gewerkschaften ergeben sich daraus besondere Herausforderungen.

Neben dem Setzen auf Rassismus punktet die AfD vor allem mit Themen, die einen Kulturkampf behaupten, in scharfer Abgrenzung zu progressiven Tendenzen und Bewegungen. So agitiert die AfD mit zunehmender Aggressivität gegen die erstarkende Umwelt- und Klima-Bewegung. Sie leugnet den Klimawandel.

Dabei nutzt die AfD aber auch in geschickter Weise die politischen Unzulänglichkeiten und kleinbürgerlichen Beschränktheit großer Teile der Umweltbewegung für sich aus. Forderungen nach einer höheren Besteuerung von Kraftstoffen, nach Teuerungen von Flügen und Fahrverboten für Dieselfahrzeuge -- also Maßnahmen, die sich unter kapitalistischen Bedingungen und ohne massiven Ausbau eines öffentlichen Nah- und Fernverkehrs zum Null- bzw kostengünstigen Tarif -- gegen die Mehrheit der Bevölkerung richten, nutzt die AfD dazu aus, die Wut eines Teils der Arbeiter*innenklasse und Mittelschicht gegen die Umweltbewegung zu richten.

Ein weiterer Bereich der Agitation und Propaganda der AfD basiert auf einer Frontstellung gegen Feminismus, „Genderideologie“ und LGBTQI+. Diese antifeministische Haltung macht sie für "Maskulinisten" - die in der Frauenemanzipation eine Bedrohung für sich sehen, interessant. Das niedrige Niveau von sozialen und Klassenkämpfen in Deutschland und die handzahme Politik der Gewerkschaftsführungen trägt dazu bei, dass die Arbeiter*innenklasse Bewegungen und Kämpfen nicht ihren sozialen und politischen Stempel aufdrücken konnte. Das erleichtert es der AfD und anderen rechten Kräften, ihren Positionen in der Gesellschaft Nachhall zu verschaffen.

LINKE ANTWORTEN GEGEN RECHTS

Die Partei DIE LINKE reagiert weitgehend hilflos auf die Erfolge der AfD. In vielen Bundesländern, besonders in Ostdeutschland, präsentiert sie sich als Teil des Establishments. Damit fällt es der AfD leichter, sich als einzige vermeintliche Alternative zum Establishment darzustellen. Bei den Landtagswahlen in Brandenburg gab es in vielen Orten gemeinsame Kampagnen aller Parteien gegen die AfD. In Thüringen setzte die LINKE auf die Person Ramelow. Sie verzichtete dabei auf die Präsentation eigener linker Inhalte. Aktuelle Vorstöße zur Bildung antifaschistischer Bündnisse mit der CDU bis hin zur Ausweitung dieser auf die Ebene einer möglichen Koalitionsbildung in Thüringen verstärken diesen Prozess. Politisch muss man bilanzieren, dass der Versuch mittels Regierungsbeteiligungen und Bündnissen mit kapitalistischen Parteien den Vormarsch der AfD zu verhindern, auf ganzer Linie gescheitert ist.

Die Versuche von Sahra Wagenknecht und "Aufstehen", dem Vormarsch der AfD mit Zugeständnissen an deren Inhalten (vor allem in der Frage der Grenzpolitik, Arbeitsmigration

und Asylpolitik) zu begegnen, haben sich genauso wenig als erfolgreich erwiesen. Zudem haben sie große Verwirrung in Die LINKE getragen.

Als Gegenstrategie gegen Rechts erweisen sich Sahra Wagenknechts Vorstöße als kontraproduktiv, denn sie spalten die Arbeiter*innenklasse entlang ethnischer Linien und tragen dadurch zur Entsolidarisierung bei. Zwar betont Sahra Wagenknecht richtigerweise, dass es die Aufgabe der LINKEN ist, auf die sozialen Verwerfungen hinzuweisen und Antworten auf die Probleme der breiteren Teile der arbeitenden Klasse zu geben. Doch kann dies nur auf einer prinzipienfesten, internationalistischen Grundlage erfolgen.

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE ARBEITER*INNENBEWEGUNG

Die Erfolge der AfD in den Reihen der Arbeiter*innenklasse, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, stellt Aktivist*innen in Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen vor neue Herausforderungen. Gerade auch die soziale Demagogie des völkischen Flügels innerhalb der AfD erfordert unabhängige, klassenbasierte Antworten. Die politische und personelle Verstrickung von DGB-Bürokratie und Sozialdemokratie sowie die Ideologie der Sozialpartnerschaft erweisen sich dabei als größtes Hindernis. Die Spaltung von Belegschaften in Stammbeschaften und prekär Beschäftigte erleichtert es den Rechten, Einfluss zu gewinnen. Lohndumping und Konkurrenz, gerade auch auf EU-Ebene und global, erleichtern und vertiefen diese Spaltung. Die zunehmende Konkurrenz zwischen Menschen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt erfordert von Linken solidarische Antworten. Ein Schlüssel dafür sind betriebliche Kämpfe und Klassenkämpfe als Antwort auf die Misere. Solange diese keinen verallgemeinerten Charakter haben, ist es für Rechte einfach, sich diese Spaltungen zunutze zu machen, indem sie den Kampf um weniger Arbeitsplätze und knapper werdenden sich verteuernenden Wohnraum ethnisieren. Der Aussage des Armutsforschers Christoph Butterwege, dass die AfD "ein verspätetes Kind der Agenda 2010 ist", ist zuzustimmen.

DROHT DER FASCHISMUS?

In der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung haben die Wahlerfolge der AfD panische und alarmistische Reaktionen ausgelöst. Vielfach werden Parallelen zu 1933 gezogen und vor einem drohenden Faschismus gewarnt. Zwar ist die Etablierung einer dauerhaft starken rechten Partei wie der AfD in Deutschland ein neues Phänomen und auch die soziale Zusammensetzung der Mitglieder aus vor allem kleinbürgerlichen und bildungsbürgerlichen Schichten, zeigt Parallelen und bedeutet auch eine neue Qualität seit 1945. Dennoch hat die AfD gesellschaftlich keine Mehrheit.

Auch wenn das politische System in Deutschland von einer gewissen Instabilität geprägt ist, steckt es nicht in einer existenziellen Krise. Die Arbeiter*innenbewegung und die radikale Linke ist derzeit politisch und organisatorisch nicht stark genug, um eine Bedrohung für die Herrschenden darzustellen. Sie ist gleichzeitig zahlenmäßig viel stärker als 1933, ein ernsthafter Versuch faschistischer Machtergreifung würde auf deren massenhaften Widerstand treffen. Für die Bourgeoisie bleibt die parlamentarische Demokratie die effektivste und billigste Form der Herrschaftsausübung. Trotz zunehmend autoritären Tendenzen, hat die deutsche Kapitalistenklasse kein Interesse am historisch diskreditierten Faschismus.

Die Vorstellung eines drohenden Faschismus verstärkt in den Reihen antifaschistischer und antirassistischer Initiativen Illusionen in sogenannte Volksfront-Konzepte. Breite Bündnisse mit bürgerlichen Parteien werden befürwortet. Als Sozialist*innen werden wir uns in der nächsten Zeit verstärkt mit solchen Tendenzen auseinandersetzen müssen. Wir werden in breiten Bewegungen gegen Rechts dafür kämpfen müssen, den Kampf gegen Rassismus mit sozialen Klassenthemen zu verbinden.

Es ist fraglich, ob nach den Ereignissen von Thüringen eine antifaschistische Massenbewegung entstehen wird. Die Nachrichten aus Erfurt haben in sehr kurzer Zeit Tausende bundesweit zu Protesten auf die Straße gebracht. Der schnelle Rücktritt Kemmerichs wird von Antifaschist*innen einerseits als Erfolg wahrgenommen, aber nimmt der Lage andererseits die Brisanz. Innerhalb der antifaschistischen Bewegung und Linken wird sich verstärkt die Frage stellen, ob sie den Kampf gegen Rechtspopulismus und Faschismus als Teil eines Klassenkampfes versteht oder sich für einen Kampf zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie als Teil eines „demokratischen Grundkonsens“ mit den Parteien des Kapitals einspannen lässt. Der Druck zu Letzterem wird massiv steigen und SPD und Grüne werden versuchen, sich als Teil der antifaschistischen Bewegung darzustellen.

REGIERUNGSPERSPEKTIVE FÜR DIE AfD?

Es gibt eine Tendenz zur Aufweichung der harten Abgrenzung des konservativen Lagers gegenüber der AfD. Zwar gilt die AfD mehrheitlich noch als „Schmuddelkind“ und eine Zusammenarbeit auf Koalitionsebene wird mehrheitlich und offiziell abgelehnt, doch fallen bei der Union die Hemmungen. Auch wenn wir die Radikalisierung der AfD und das Erstarken des Höcke-Flügels feststellen können, ist langfristig nicht davon auszugehen, dass die Ausgrenzung der AfD durch die bürgerlichen Parteien fortgesetzt werden wird. Und auch innerhalb der AfD werden die Stimmen derjenigen lauter, die eine Regierungsperspektive der AfD fordern. Perspektivisch ist das Beispiel Österreichs hier lehrreich, wo

die FPÖ bereits zum zweiten Mal Teil einer Koalition mit den Konservativen war.

Die Ereignisse in Thüringen stellen in dieser Hinsicht für Deutschland einen Tabubruch dar. Die Wahl des FDP-Manns Kemmerichs zum Ministerpräsident durch einen Block mit der CDU und AfD hat die AfD als Machtfaktor politisch gestärkt. Es zeigt sich auch, dass Teile der Bürgerlichen zum Sturz einer LINKE-Regierung (selbst wenn sich diese als staatstragend und pro-kapitalistisch bewiesen hat) zur Kollaboration mit der AfD bereit sind. Die Aussage des Ex-Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutzes und Rechts-extremisten in der CDU Hans-Georg Maaßen „Hauptsache, die Sozialisten sind weg!“ bringt diese Haltung besonders pointiert zum Ausdruck. Aber dieser Teil der Bürgerlichen stellt gegenwärtig noch eine Minderheit dar. Politisch hat der Coup von Erfurt die FDP und die CDU in eine Krise gestürzt und Kemmerich - auch vor dem Hintergrund von Protesten auf der Straße - nach 24 Stunden zum Rücktritt gezwungen. Kemmerich hatte sich von der Höcke-AfD ins Amt wählen lassen, aber schloss eine weitere Zusammenarbeit mit der AfD, geschweige denn eine Koalition, aus. Der Testballon, die AfD in die Regierungsbildung einzubeziehen, ist schnell geplatzt und hat dem rechten Flügel der bürgerlichen Parteien zunächst die Schwierigkeiten vor Augen geführt, die das zu Folge hätte: Widerstand auf der Straße und massive Konflikte in den eigenen Parteien. Weitere Testballons dieser Art sind nach der Bundestagswahl jedoch nicht ausgeschlossen, auch vor dem Hintergrund sehr schwieriger parlamentarischer Mehrheitsfindungen.

NPD, NEONAZIS UND CO.

Die Wahlerfolge der AfD haben die politische Rechte und rassistische Tendenzen insgesamt gestärkt und Rechte treten selbstbewusster und radikaler auf. Doch auf Wahlebene hat die AfD andere, traditionelle Rechte und neonazistische Parteien politisch geschwächt. Die NPD ist aus sämtlichen Landtagen geflogen. Andere Strömungen stagnieren oder haben sich aufgelöst wie die „PRO-Bewegung“. Außerparlamentarische rechte Bewegungen, Pegida, Hooligans gegen Salafismus, rechte Bürgerwehren und Identitäre sind dabei zunehmend mit der AfD verbunden. Vielfach dient die Partei als Karrierenetzwerk und Arbeitgeberin für Aktivisten aus diesen Kreisen.

Kleinere neonazistische Organisationen sind weiterhin in manchen Regionen aktiv. Die aktivsten sind die kleinen Parteien Dritter Weg, die vor allem in Süddeutschland, sowie die Partei DIE RECHTE, die primär in NRW aktiv ist. Beide sind aus teilweise verbotenen Kameradschaften hervorgegangen. Nun organisieren sie sich als Parteien und treten zu Wahlen

an. Ihr Schwerpunkt liegt mehr in militanten Aktionismus, Straßen-Aufmärschen und Einschüchterung politischer Gegner als in Wirksamkeit auf Wahlebene. Dennoch werden auch diese propagandistisch genutzt. So trat die Partei DIE RECHTE zu den Europawahlen 2019 mit der Holocaust-Leugnerin Haverbeck als Spitzenkandidatin an. Vereinzelt gelingt es ihnen, lokale Hochburgen aufzubauen, wie dies in der Dortmunder Nazi-Szene der Fall ist. Die Grenzen zwischen diesen Kreisen und rechtsterroristischen Kräften sind fließend. Während ihre Wahlerfolge marginal sind, stellen sie auf den Straßen eine konkrete Bedrohung für linke, Migrant*innen und andere Menschen dar, die nicht ins Weltbild passen.

Wachsende Bedeutung im faschistischen Spektrum der letzten Jahre hatte die identitäre Bewegung. Diese rekrutiert sich vorwiegend aus akademischen Kreisen. Vielfach ist sie personell und politisch mit der AfD verbunden und in deren Karrierenetzwerke eingespannt. Ihre Vertreter*innen fungieren als politische Mitarbeiter*innen und Berater*innen von Parlamentarier*innen der AfD. Die Identitären setzen allerdings auch auf zunehmende Präsenz auf den Straßen, wobei sie sich militanter und provokativer Protestformen bedienen. Dabei kopieren sie linke Protestformen wie Hausbesetzungen. Nach außen hin verpacken sie ihren Rassismus als modernisiert, sprechen von „Identität „und“ Ethnopluralismus“. Sie kombinieren eine rechtsintellektuelle Linie mit Hipstertum und Straßenkampf-Aktivismus.

Das Beispiel des NSU zeigt das terroristische Potenzial der Faschisten. Rechte Bürgerwehren, Neonazi-Kameradschaften, rechte „Prepper“, die sich für einen ethnischen Bürgerkrieg rüsten, und Reichsbürger stellen ein gefährliches Biotop des Rechtsterrorismus dar.

Aktuell häufen sich Morddrohungen gegen linke Aktivist*innen, aber auch gegen Vertreter*innen bürgerlicher Parteien und des Staates. Vorläufiger Höhepunkt war der Mord an dem Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke. Aktuell ist die Gruppe „Atomwaffendivision Deutschland“ mit Morddrohungen gegen Politiker*innen in Erscheinung getreten. Übergriffe auf Migrant*innen und Linke haben seit dem Aufkommen von Pegida und der Wahlerfolge der AfD signifikant zugenommen.

Der Mordanschlag von Halle demonstriert das Gefahrenpotential, das auch von einzelnen Faschisten ausgeht. Der Täter kombiniert in seiner Gesinnungswelt verschiedene Elemente des rechten Spektrums: ausgeprägter Hass auf Muslime, Jüd*innen, Frauen (Bezüge zur Incel-Szene) und Linke, auch wenn unklar ist, inwieweit der Attentäter Teil der organisierten rechten Szene ist.

ROLLE DES STAATES

Die NSU-Affäre hat gezeigt, wie eng Teile des Staatsapparats mit Teilen der Neonazi-Szene und dem Rechtsterrorismus verknüpft ist. Dies gilt besonders für Geheimdienste, die Bundeswehr, den Verfassungsschutz aber auch Polizeieinheiten. Im baden-württembergischen Landeskriminalamt fanden sich Ku-Klux-Klan Strukturen. Ein Mitarbeiter des sächsischen Landeskriminalamtes fiel als Pegida-Aktivist auf.

In den letzten Jahren kam es zu einer Häufung von rechten Skandalen in Polizei-Schulen und Institutionen der Polizei. Es ist davon auszugehen, dass signifikante Teile des Staatsapparates rechte Gesinnungen haben. Ex-Verfassungsschutzchef Maaßen ist ein gutes Beispiel dafür - auch wenn er nicht in der AfD, sondern nur in der "Werte-Union" innerhalb der CDU landete. Dies deckt sich mit den Erfahrungen anderer Länder. In Frankreich hat Le Pen unter Polizist*innen eine auffällig hohe Zustimmungsrate. Selbst in Fällen, in denen

sehr offensichtlich Vertreter*innen des Staates und des bürgerlichen Establishments von Neonazis attackiert und gar ermordet werden, reagiert der Staat sehr zurückhaltend. Terroristische Attentate wie die von Halle, werden als Akte von Einzeltätern klassifiziert.

Gleichzeitig wird ein repressiver Kurs gegen Linke und antifaschistische Kräfte fortgesetzt. In Sachsen wurde kürzlich eine Sonderkommission gegen Linksextremismus gegründet. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von linken Vereinen hat die politische Linke als Ganzes zu Ziel.

Zentrale Aufgabe von Sozialist*innen bleibt weiterhin deutlich zu machen, dass dieser Staat Teil des Problems ist und der rassistische faschistische Gefahr nur durch massenhafte Mobilisierung und Selbstorganisation von unten begegnet werden kann. Zentral dabei bleibt die Forderung nach Auflösung des Verfassungsschutzes, spezieller militarisierter Polizeieinheiten und aller Geheimdienste.

PERSPEKTIVEN FÜR DEN KLASSENKAMPF, GEWERKSCHAFTEN, SOZIALE BEWEGUNGEN UND BEWUSSTSEIN

ZUSTAND DER ARBEITER*INNENKLASSE UND DER GEWERKSCHAFTEN

Die Zusammensetzung der Arbeiter*innenklasse hat sich in den letzten 30 bis 40 Jahren erheblich verändert. Die Zahl der abhängig Beschäftigten beträgt in Deutschland 44 Millionen und ist damit so groß wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Doch ihre Zusammensetzung ist anders: Waren 1970 noch knapp fünfzig Prozent Arbeiter*innen im produzierenden Gewerbe oder der Land- und Forstwirtschaft tätig, hat sich der Anteil dieser Arbeitsplätze an allen Arbeitsplätzen mehr als halbiert. Das liegt vor allem an einer Zunahme der Automatisierung und Produktivität in den Bereichen als auch an der Auslagerung von produzierenden Industrien in Länder mit niedrigeren Löhnen. Über 70 Prozent arbeiten in Deutschland im Dienstleistungssektor, darunter vor allem Frauen und auch viele Migrant*innen. Insgesamt ist die Arbeiter*innenklasse migrantischer und weiblicher geworden.

Zum Teil liegt das daran, dass auch im produzierenden Gewerbe die Löhne nicht mehr für das "Alleinernährer-Familienmodell" ausreichen und auch das Selbstbewusstsein von Frauen gestiegen ist. Zum anderen haben sich die Anlagestrategien des Kapitals auch in den global wachsenden Dienstleistungssektor verschoben, der traditionell von Migrant*innen und Frauen dominiert ist.

Hinzu kommt eine starke Prekarisierung. Da die Zahl der Beschäftigten von 2005 bis 2019 von ca. 39 Mio auf 44 Mio angestiegen ist und die Arbeitslosigkeit insgesamt sank, wird vom "Job-Wunder" Deutschland gesprochen. Tatsächlich ist jedoch der Umfang an Arbeitsstunden im Durchschnitt gleich geblieben. Das bedeutet, dass Teilzeitbeschäftigung gewachsen ist. Fast ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet heute im Niedriglohnsektor (ihr Anteil ist in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in Westdeutschland) und ungefähr ein Drittel arbeitet in prekären Beschäftigungsverhältnissen (Leiharbeit, Werkverträge, Solo-Selbstständige, Befristungen, Teilzeit, Mini-Jobs, MAE etc). Diese Entwicklung war nicht zuletzt durch die Hartz-IV-Gesetze möglich, die Beschäftigte stärker in prekäre Arbeitsverhältnisse drängte oder zwang, weitgehende Verschlechterungen zu akzeptieren.

SINKENDE MITGLIEDSCHAFT IN GEWERKSCHAFTEN

Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und der Anteil der Betriebe mit Tarifbindung sind gesunken. Im Osten ist die Verankerung und Tarifbindung noch schwächer als im Westen. Die Gründe liegen in der neoliberalen Offensive, aber auch in der ideologischen Kapitulation der Gewerkschaftsführungen nach dem Zusammenbruch des Stalinismus und einer Reihe von Niederlagen, die teilweise selbst verschuldet waren und

welche die neoliberale Offensive noch verschärft haben. Das Stillhalten bei der Agenda 2010 der Schröder/Fischer-Regierung war dabei eine der schlimmsten Untaten der Gewerkschaftsführungen. Sie wollten Rot-Grün nicht schaden und haben sich selbst ins Knie geschossen.

Nur noch 18,9 Prozent waren im Jahr 2017 in einer Gewerkschaft organisiert, im Osten 16,5 Prozent, im Westen 19,4 Prozent (am wenigsten sind jedoch in Bremen organisiert, hier sind es lediglich 10,9 Prozent). Der Frauenanteil in den DGB-Gewerkschaften beträgt 33,5 Prozent, ihr Anteil an den Erwerbstätigen liegt bei knapp 50 Prozent.

Die Änderung in der Zusammensetzung der Klasse spiegelt sich zwar nur verzerrt in den Gewerkschaften, sehr deutlich aber in Arbeitskämpfen wider. Mit Ausnahme des großen IGM-Streiks in 2018 gibt es vor allem eine Zunahme von Streiks im Dienstleistungssektor, hier vor allem in den Bereichen Bildung und Erziehung, Gesundheit, Logistik und Einzelhandel.

NEUE ALTE FRAGEN UND VERBINDENDE KLASSENPOLITIK

Die Veränderungen und Diversifizierung der Klasse und die derzeitige Schwächung der Gewerkschaften werfen neue Fragen oder alte Fragen in neuer Situation auf.

Der Jenaer Soziologe Klaus Dörre geht so weit zu behaupten, dass man angesichts der Fragmentierung nicht mehr von einer kollektiven Klasse sprechen könne: „Obwohl die Bundesrepublik sowohl bei Einkommen und Vermögen als auch beim Wohnen, der Gesundheit, Bildung und sozialer Distinktion zu einer jener Gesellschaften Europas und der OECD-Welt mit der größten Ungleichheit geworden ist, sind Gewerkschaften und politische Akteure, die an der Konfliktachse von Kapital und Arbeit agieren, so schwach wie nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Diese Konstellation kann als Tendenz zu einer demobilisierten Klassengesellschaft bezeichnet werden. Damit ist auch gemeint, dass die sozialen Kämpfe und Konflikte auf der Klassenachse, die es nach wie vor und hierzulande gar in steigendem Maße gibt, im politischen Raum und auch innerhalb der politischen Linken überwiegend nur auf geringe Resonanz stoßen.“

Dörres Blick auf die Unterschiede in der Klassenzusammensetzung und seine Betrachtung der Gewerkschaften sind in Teilen interessant, um die unterschiedliche Stellung der Kolleg*innen in Betrieben und Büros und das daraus erwachsene Bewusstsein zu diskutieren. Falsch ist jedoch die Annahme, dass die Fragmentierung bedeuten würde, es handele sich nicht mehr um eine Klasse. Die Entwicklung von Bewusstsein ist auch nicht statisch, sondern kann sich dynamisch und in Sprüngen entwickeln. Bereits Marx unterschied zwischen

einer Klasse an sich und für sich. Richtig ist, dass die Bewusstseinswerdung über gemeinsame Klasseninteressen in Zeiten politisch schwacher und organisatorisch geschwächerter Gewerkschaften und einer stärkeren Differenzierung der Klasse eine große Herausforderung darstellen. Es gibt auch keinen Automatismus, dass sich dies in einer wirtschaftlichen Krise stärker vereinheitlicht. So ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Krise auf die Autoindustrie und andere exportabhängige und von Digitalisierung und Automatisierung betroffene Industriebereiche wie Häfen und Flughäfen stärker sein werden als auf Bereiche, in denen Fachkräfte fehlen wie Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen und Kitas.

Die Debatte um verbindende Klassenpolitik bietet einen wichtigen Ansatz in der LINKEN und in Teilen der Gewerkschaften, um über die notwendige Herstellung von Klasseneinheit, die Rolle der Gewerkschaften und der Gewerkschaftslinken, die nötige Verbindung zwischen ökonomischen und anderen Themen zu diskutieren und sozialistische Strategien in die Debatte einzubringen. Was die meisten Ansätze und Debatten jedoch ausblenden, ist die Notwendigkeit des Aufbaus einer politischen und personellen Alternative zur heutigen Gewerkschaftsführung.

ENTWICKLUNGEN IN VER.DI

Mit der Wahl von Frank Werneke als neuem ver.di-Vorsitzenden ging die 17-jährige Ära Bsirske zu Ende. Frank Bsirske war der einzige Gewerkschaftsvorsitzende innerhalb des DGB mit grünem Parteibuch. Unter seinem Vorsitz ist die einst größte Gewerkschaft der Welt mit ehemals 3,5 Millionen Mitgliedern zur zweitgrößten Deutschlands geschrumpft, auf etwa 2 Millionen. Grund dafür ist vor allem die sozialpartnerschaftliche Krisen- und Stillhaltepolitik der letzten Jahre, die sich schmerzlich im Streikjahr 2015 zeigte. Im Erziehungs- und Sozialbereich wurden eine breite Mobilisierung und demokratische Streikstrukturen erreicht, aber das abrupte Ausbremsen der Streikwelle durch die Führung frustrierte viele Kolleg*innen. Im Jahr 2015 verschenkte ver.di an vielen Stellen enorm viel Potential zum Aufbau.

Mit ihrem neuen Vorsitzenden Werneke, der lange Bsirskes Stellvertreter war, geht die Politik der Führung weiter in Richtung Anpassung und Realpolitik. Gleichzeitig spiegeln sich in ver.di stärker als in den meisten anderen Gewerkschaften politische Themen wie Klimawandel, Mietenwahnsinn und Antirassismus wieder.

Trotz der knappen Halbierung der Mitgliederzahlen hat es ver.di in den letzten Jahren geschafft, in einigen Bereichen die Mitgliederentwicklung umzukehren oder die Verluste zumindest zu verlangsamen. Durch Organizing-Projekte im Bereich der Sicherheitsdienste bei privaten wie öffentlichen Arbeitgebern, in den Krankenhäusern und anderen Berei-

chen wie Amazon, wo vor allem die Kolleg*innen in Bad Hersfeld und Leipzig die Gewerkschaftsführung mit verschiedenen Aktionen vor sich hertrieben und beispielsweise flexible Kontingente für Streiktage erwirkt haben, konnten Achtungserfolge erzielt werden. Auch an den Hochschulen ist ver.di momentan teilweise im Tandem mit der GEW daran beteiligt, die grassierende Befristung des Mittelbaus einzudämmen (Beispiele sind hier die “unbefristet”-Kampagnen in Kassel und mittlerweile auch Göttingen und Darmstadt) sowie für die Eingliederung der studentisch-Beschäftigten in einen (teilweise eigenen) Tarifvertrag zu kämpfen, die in den meistens Bundesländern, außer Berlin, noch als “Sachmittel” berechnet werden und damit keine Personalvertretung aufbauen können.

TARIFBEWEGUNG IN DEN KRANKENHÄUSERN

Der historische Abschluss des ersten Tarifvertrags zur Personalbemessung an der Charité hat zu einer Welle von tariflichen Bewegungen für Entlastung geführt. Mit dem ersten Tarifvertrag im Krankenhaus wurde auch tarifpolitisch Neuland betreten. Die Abschlüsse im Saarland, den Uniklinika BaWü und in NRW (Düsseldorf und Essen), Augsburg, Mainz und in Jena waren weitere wichtige Erfolge. Nun gibt es bereits sechzehn solcher Abschlüsse in überwiegend Uniklinika und weitere folgen. Das ist gerade deshalb beachtlich, weil ver.di keine bundesweite Kampfstrategie hat und der Kampf um die gesetzliche Personalbemessung ebenfalls auf der Stelle tritt.

Eine neue Schicht von überwiegend weiblichen Beschäftigten hat ihre kollektive Selbstwirksamkeit und Kampfkraft entdeckt. Diese positive Dynamik zeigt wie schnell bestehende Kräfteverhältnisse in Frage gestellt werden können und das auch in Zeiten, die überwiegend von Abwehrkämpfen geprägt sind, nicht nur neue Schichten die Bühne als Akteurinnen betreten, sondern auch offensive Forderungen und Streikstrategien erfolgreich durchsetzen können.

Beim betrieblichen Kampf für mehr Personal orientieren sich Betriebsgruppen, unterstützt durch ver.di und zunehmend externe Organizer*innen, neben den Erfahrungen aus dem Charité-Kampf an der Organizing-Strategie von Jane Mc Alevey. So auch in Jena: Obwohl gewerkschaftlich zuvor schwach organisiert, beteiligten sich bei der Tarifaueinandersetzung für mehr Personal im Oktober 2019 über Tausend Kolleg*innen an Aktionen für mehr Personal und setzten einen erfolgreichen Abschluss durch. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie nachhaltig diese Organizing-Strategien sein werden. Zudem ist klar, dass ver.di nicht überall dieselben Ressourcen an Organizer*innen zur Verfügung stellt, wodurch diese sehr ressourcenaufwändige Methode für viele Betriebsgruppen nicht einfach kopierbar ist. Weitere Tarifbewegungen finden derzeit u.a. am Universitätsklinikum Schleswig-Holstein statt. Einen wichtigen Streik für einen Anwendungstarifvertrag zum

TVöD findet derzeit bei Ameos statt. Bei diesem Streik geht es aufgrund der Kündigungen von zahlreichen gewerkschaftlich Aktiven durch den Arbeitgeber auch um die Verteidigung des Streikrechts.

An der Charité und in den anderen Häusern mit deutlich jüngeren Abschlüssen konzentriert sich die Auseinandersetzung nun auf die Wirksamkeit und Umsetzung solcher Abschlüsse. Objektive Hindernisse, insbesondere der Versorgungsauftrag und der Fachkräftemangel erschweren dies enorm und werden auch gerne bemüht von unwilligen Arbeitgebern um ihr “Nichtstun” zu kaschieren. Die Vermischung von beiden verhindern derzeit, die vereinbarte Entlastung auch im Arbeitsalltag spüren zu können. Der daraus entstehende Frust richtet sich nicht allein gegen den Arbeitgeber, sondern auch gegen ver.di.

WIE WEITER FÜR ENTLASTUNG AN KRANKENHÄUSERN?

Spahns Gesetz zu Pflegepersonaluntergrenzen für ausgewählte bettenführende Bereiche ist jedoch völlig unzureichend und führt zur staatlichen Zementierung des Pflegenotstands. Aufgrund des politischen und betrieblichen Drucks haben ver.di, Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und Deutscher Pflegerat einen Vorschlag zur Neuregelung der Personalbemessung (PPR 2.0) unterbreitet. Das stellt eine greifbare Möglichkeit dar, den Kampf um eine bedarfsgerechte Personalbemessung per Gesetz zu führen. Klar ist jedoch, dass eine solche nur dann gesetzlich eingeführt wird und den Bedürfnissen von Patient*innen und Beschäftigten entsprechen würde, wenn es massiven Druck aus den Betrieben gibt. Es bleibt festzuhalten: Ohne die Streikbewegungen hätte es weder die Herauslösung der Pflegestellenkosten aus den Fallkostenpauschalen noch eine Aussicht auf eine Pflegepersonalregelung per Gesetz gegeben. Wichtig ist, dass weiter Druck aufgebaut wird, dass es zu einem Gesetz und weiteren tariflichen Regelungen kommt: betrieblich durch weitere Häuser, die in den Kampf treten, politisch u.a. durch Proteste gegen die Gesundheitsministerkonferenz am 17.6. in Berlin und durch Thematisierung von Entlastung in der TVöD-Runde 2020 (400 kommunale Kliniken sind betroffen).

Zentral ist jetzt eine bundesweite kämpferische Strategie von ver.di zur Durchsetzung von Entlastungstarifverträgen auf breiterer Front, der Forderungen nach Gehaltszulagen und sofortigem Stellenaufbau und eine politische-gesellschaftliche Begleitkampagne für mehr Personal, um darüber eine bedarfsgerechte gesetzliche Regelung für alle Kolleg*innen und die restlose Abschaffung der Fallkostenpauschalen zu erzwingen als Schritte auf dem Weg zu einer bedarfsgerechten Ausfinanzierung der Krankenhäuser.

Angesichts der mangelnden bundesweiten Strategie von ver.di, kommt der LINKEN eine wichtige Bedeutung zu. Die Pflegekampagne der LINKEN tritt jedoch derzeit auf der Stelle. Zudem müssten die Länder, in denen DIE LINKE an Regierungen beteiligt sind, unmittelbar ein Landesgesetz für bedarfsgerechte Personalbemessung einführen. Es ist bezeichnend, dass dies im Bremer Koalitionsvertrag von r2g noch nicht einmal vorgesehen ist und die Berliner R2G-Regierung den Volksentscheid für gesunde Krankenhäuser vor Gericht gebracht hat, um ihn zu verhindern.

Die Volksentscheide für mehr Personal im Krankenhaus in Berlin, Hamburg, Bremen und Bayern haben zum Ziel, Landesgesetze zur Personalbemessung durchzusetzen, so lang es kein Bundesgesetz gibt. Mittlerweile haben alle vier Landesregierungen diese Gesetzentwürfe vor die Landesverfassungsgerichte gebracht. Sie sind damit derzeit kein Hebel, um betriebliche Kämpfe mit politischen Kampagnen zu verknüpfen.

TV-N KAMPAGNE

Die Tarifrunde im Nahverkehr ab Juni 2020 kann interessant werden, weil ein Tarifkampf mit allgemeinen politischen Fragen - öffentliche Investitionen, Schaffung von Jobs, Klimaschutz - zusammenfällt. ver.di kündigt zum Juni 2020 die Einzelverträge bei den Verkehrsunternehmen und will einheitliche Regelungen erkämpfen. 87.000 Beschäftigte sind davon betroffen. Die Forderungen werden ab November 2019 diskutiert. Dabei wird es nicht nur um Löhne, Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen, sondern auch um die personelle Unterbesetzung.

ver.di will die Tarifrunde nach eigenen Angaben nutzen, um Schluss zu machen mit den Kürzungen, will einen Kampf für mehr öffentliche Investitionen führen. Dies bietet Anknüpfungspunkte für eine breite gesellschaftliche Unterstützung und kann helfen, die Vorstellung von der Schaffung "grüner" Jobs durch den Staat zu konkretisieren.

ver.di selbst wird die Forderung nach Nulltarif nicht aufwerfen, vielleicht sogar zurückweisen, weil Ängste bestehen, dies würde die Unterfinanzierung der Verkehrsbetriebe verstärken. Doch wenn Aktive der Klimabewegung und der LINKEN diese Frage gut erklären, mit der Forderung nach mehr Investitionen verbinden und gleichzeitig Unterstützung für den Tarifkampf mobilisieren, ist es möglich, dass daraus eine sich gegenseitig verstärkende Dynamik entsteht. Allerdings ist heute nicht absehbar, wie viel Kraft die Tarifrunde entfaltet und wie ernst es ver.di damit meint.

TARIFRUNDE BUND UND KOMMUNEN 2020

Ende August läuft der Tarifvertrag für Bund und Kommunen aus. Voraussichtlich ab Spätsommer/Herbst beginnen die Ta-

rifverhandlungen. Einer aktuellen ver.di-Umfrage unter Kolleg*innen im Öffentlichen Dienst ist das Thema Arbeitszeit zentral. Es ist damit zu rechnen, dass ver.di neben Entgelt-erhöhungen die Arbeitszeit thematisiert, sehr wahrscheinlich als Wahlmöglichkeit zwischen Geld und Zeit. Nach dem Abschluss in der Metall-Industrie 2018, der Arbeitszeitverkürzung bei Teil-Lohnausgleich vorsieht und unter Kolleg*innen Zuspruch fand, sieht es danach aus, dass dieses Modell des Teillohnausgleichs auch in der Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes angewandt wird. Der Umfrage von ver.di zufolge, wären 57 Prozent der Beschäftigten bereit, tarifliche Gehaltssteigerungen zur Verkürzung ihrer Arbeitszeit eintauschen. Wir nehmen diese Bereitschaft zum Teilverzicht zur Kenntnis und fordern 35-Stunden pro Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich im Öffentlichen Dienst für alle als Schritt zu weiterer drastischer Arbeitszeitverkürzung.

IG METALL

In der IG Metall konnte der Mitgliederschwund gestoppt werden. Die größte Einzelgewerkschaft der Welt stagniert bei 2,3 Millionen Mitgliedern. In den zurückliegenden Jahren wurden in der IGM etliche neue junge Hauptamtliche für Organizing-Projekte eingestellt, mit einigermaßen Erfolg. Die IGM schafft es so langsam, auch außerhalb ihrer traditionellen Bereiche (Großbetriebe der Metall+Elektro-, der Stahl- und Automobilindustrie) Fuß zu fassen. Allerdings geht diese Entwicklung nur sehr langsam vor sich.

Auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag Anfang Oktober 2019 gab es feststellbaren Unmut unter den Delegierten. Im Antragsheft mit rund 700 Anträgen befanden sich etliche mit der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 32 oder 30 Stunden. Der erste im Heft zu findende Antrag aus der Geschäftsstelle Aachen forderte das Recht auf politischen Streik - und wurde nur knapp abgelehnt. Die Delegierten sprachen sich für eine klare Abgrenzung gegen die AfD und Rechtspopulismus aus und bekannten sich andererseits zur EU.

Deutlicher wird die Haltung innerhalb der IG Metall allerdings bei den Vorstandswahlen: Während der alte und neue Vorsitzende Jörg Hofmann nur 71 Prozent der Stimmen erhielt, das schlechteste Ergebnis aller Vorstandsmitglieder, erhielt der linke Hans-Jürgen Urban 98 Prozent. Urban ist auch das einzige Mitglied im IGM-Vorstand ohne SPD-Parteibuch und zurzeit wohl der prominenteste linke Gewerkschafter.

Der IGM-Vorsitzende Hofmann wie auch DGB-Chef Hoffmann stehen für eine Generation von Gewerkschaftsführer*innen, die mit Klassenkampf nicht einmal mehr in Worten zu tun haben. Sie gelten eher als arbeitgeberfreundlich, und werden von Vertretern des Kapitals als besonnen und umgänglich gelobt.

In der IGM läuft eine Kampagne, um die Mitgliedschaft einzulullen. Während gerade zehntausende Jobs in der Automobilindustrie zur Disposition stehen, schwadroniert der Vorstand immer wieder von „Transformation“ und „#fairwandel“ und hofft auf eine gemeinsame Entwicklung der Zukunftsperspektiven mit dem Arbeitgeber. Die Führung der IGM betreiben eine Politik des Co-Managements hinsichtlich des Umbaus der Wirtschaft in Richtung Digitalisierung und Ökologie. Sie haben keine gesellschaftliche Alternative zu ihrer Vorstellung von „vernünftiger“ Wirtschaftspolitik.

Die Krisentendenzen insbesondere in der Automobil- und Zuliefererindustrie nehmen -- wie bereits im Kapitel zur Lage der Wirtschaft in Deutschland beschrieben -- zu, nicht nur wegen des Umbaus in Richtung Elektromobilität. Die Hersteller benötigen für E-Autos weniger Beschäftigte, die Produktion von Motoren und Getrieben nimmt ab. Hinzu kommen bereits bestehende Überkapazitäten. In Stuttgart fanden im November 2019 schon erste regionale Proteste, durch die IGM, organisiert statt.

TARIFRUNDE METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE 2020

Der IG Metall-Vorstand ist Ende Januar mit dem Vorschlag eines „Moratoriums“ noch vor Ende der laufenden Tarifrunde an die Arbeitgeber herangetreten: Wenn diese auf betriebsbedingte Kündigungen in der Metall- und Elektroindustrie verzichten würden, würde die IGM ihrerseits auf konkrete Lohnforderungen verzichten. Lediglich ein Inflationsausgleich mit Produktivitätsbeteiligung für die Beschäftigten plus Verzicht auf Entlassungen wäre dann die Vorgabe, um noch vor Ende der Friedenspflicht Ende März zu einem erneuten Abschluss zu kommen. Auf betrieblicher Ebene sollen dann sogenannte „Zukunftstarifverträge“ per Betriebsvereinbarungen geschlossen werden. Damit würde die Kampfkraft der Beschäftigten untergraben, die Branche zersplittert und Möglichkeiten zu einem Arbeitskampf von vorneherein verhindert. Es ist davon auszugehen, dass die Arbeitgeber die Tarifrunde mit schärferen Angriffen verbinden und die IG Metall mit einem Inflationsausgleich und Kurzarbeit bei tariflicher Beschäftigungssicherung hochzufrieden wäre.

Sie nutzen die Debatte um Umstellung auf Elektroantrieb vor allem, um im stärker werdenden Konkurrenzkampf durch Stellenabbau und Werksverlagerungen, die Löhne zu drücken, um ihre Profite zu erhalten. Wir fordern den Erhalt aller Arbeitsplätze, Erhöhung der Löhne, Überführung der Autoindustrie in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung und die Umstellung der Autoindustrie auf ökologisch sinnvollen Verkehr.

GEW

Die GEW ist, entsprechend der Zuständigkeit der Bundesländer für die Bildung, sehr föderal aufgebaut und von Land zu Land unterschiedlich aufgestellt. In den westlichen Bundesländern überwiegend Beamt*innen, in den östlichen Angestellte, in Berlin 50:50. Nach eigenem Anspruch will die GEW „Bildungs- UND Tarifgewerkschaft“ sein. Bei Verhandlungen zum TV-L oder TVöD ist sie eher Anhängsel von ver.di und sitzt vor allem bei bundesweiten Verhandlungen am Katzentisch.

Die GEW ist stark durch das Ehrenamt geprägt. Dies schwächt einerseits ihr Vermögen, sich gegenüber ver.di eine durchsetzungsfähige Position in Tarifverhandlungen zu erstreiten, garantiert aber andererseits eine enge Bindung der Aktiven an die betriebliche Realität. Hier liegt für uns ein hohes Potential, die Frage von Arbeitsbedingungen, Entlastung, Reduzierung der Pflichtstundenzahlen, kleineren Klassen usw. zu thematisieren, um diese Themen Kämpfe zu führen und sie auch in die Debatten im DGB hineinzutragen (allem voran die Reduzierung von Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich). Die Erfahrung zeigt, dass aufgrund der meist kleinen (nur zum Teil bürokratisierten) Apparate ein effektives Eingreifen auf Landesebene wie z.B. in Hessen schon mit einigen Kolleg*innen möglich ist.

Doch auch wenn der Apparat schwächer ist als in anderen Gewerkschaften, wirken in ihm ähnliche Mechanismen wie in anderen Gewerkschaftsapparaten wie die Angst, die Kontrolle über die Basis zu verlieren. Dies konnten wir gerade in Berlin beobachten, wo der GEW-Apparat seine Kraft in die Waagschale warf, um eine politische Kampagne zur Entlastung und Arbeitszeitverkürzung von linken GEW-Mitgliedern auszubremsen. Stellvertreter-Denken und „kreative Aktionen“ wie sie auch NGOs durchführen könnten, kennzeichnen an vielen Stellen die Vorstellungen des Apparats. Nur dort, wo ernsthaft Kämpfe und auch längere Streiks vorbereitet werden, wurden Fortschritte erzielt. In Berlin gelang es der GEW in den letzten Jahren für die angestellten Lehrer*innen signifikante Lohnerhöhungen durchzusetzen und auch befristetes Lehrpersonal zu entfristen.

Doch bundesweit hat die GEW bislang eine eigenständig wirkungsmächtige Tarifpolitik kaum zu entwickeln vermocht. Dazu trägt sicher auch die föderale Struktur der Bildungslandschaft bei. Die GEW hat bis heute keine Angleichung für angestellte Lehrer*innen erkämpfen können, obwohl Mangel an Lehrpersonal herrscht. Sie war bislang nicht in der Lage, eine angemessene Entgeltordnung für Lehrkräfte auf Bundesebene durchzusetzen. Die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) hat 2017 einen miserablen Tarifvertrag Entgeltordnung mit dem Beamtenbund abgeschlossen, dem die GEW nach anfänglichem Zetern kleinlaut beigetreten ist. An dieser Fra-

ge kann man sich tariflich nicht hinter ver.di verstecken, sondern muss eigenständig eine Lehrkräfte-Entgeltordnung, die auf gleicher Bezahlung für gleichwertige Arbeit fußt, erkämpfen. Es ist nicht erkennbar, dass dies in den Führungsetagen selbstkritisch reflektiert und eine Strategie erarbeitet wird. Hier müssen wir einbringen, dass die Streik- und Kampagnenfähigkeit der GEW ausgebaut und entsprechende Prioritäten gesetzt werden müssen, z.B. durch konsequente und politisch begleitete Organizing-Ansätze.

Die grundsätzliche Bereitschaft einiger Landesverbände, zum Beamtenstreik aufzurufen, bietet ein wichtiges Kampffeld für die Debatte um den politischen Streik in Deutschland. Diese wird durch schikanösen Umgang von Seiten des staatlichen Arbeitgebers mit Streikenden weiter politisiert, auch wenn die Disziplinarmaßnahmen immer wieder wie in Hessen zu mehrjährigen „Zwangspausen“ für das Mittel des Beamtenstreiks führen, wodurch dieser nur alle paar Jahre durchgeführt werden kann.

In einigen Landesverbänden agiert die GEW über fachlich-pädagogische Angebote eher als Bildungsträgerin. Die GEW ist jedoch die sozialpolitisch progressivste (Hessen, Hamburg, Berlin) DGB-Gewerkschaft und trägt z.B. regelmäßig internationale Solidaritätsarbeit in den Dachverband (Frankreich, Griechenland, Türkei u.a.). Die GEW war die erste Gewerkschaft, die sich mit Fridays For Future solidarisiert hat, sie spielt im Widerstand gegen zunehmende staatliche Repression eine wichtige Rolle (Verschärfung Polizeigesetz, Verfassungsschutz im NSU-Komplex). Letzteres ist in der GEW aufgrund der Erfahrungen mit den Berufsverboten der 70er Jahre quasi zum Verbandsethos erhoben und bietet gute Anknüpfungspunkte für Kapitalismuskritik.

Die GEW richtet sich klar gegen das dreigliedrige Schulsystem und ist durch diese Frage für sozialistische Vorstellungen von Bildung offen. Bislang gehört die GEW zu den Gewerkschaften mit stabiler Mitgliederentwicklung, aber viele Aktivist*innen, die in den 70er/80er Jahren eintraten, gehen jetzt in den Ruhestand, so dass sich die GEW mitten im Generationswechsel befindet. Ein neues Arbeitsfeld im Bildungsbereich sind die so genannten Schulassistenten. Diese, die Inklusion begleitenden Kolleg*innen, arbeiten in enormer Prekarität und werden von den klassischen (meist ver.di-) Strukturen kaum abgedeckt. In der Organisierung dieser Kolleg*innen kommt der GEW als Hauptorganisatorin im Kampf für eine auskömmliche (staatlich finanzierte) Umsetzung der Inklusion eine Schlüsselrolle zu.

VERNETZUNG DER GEWERKSCHAFTSLINKEN UND ORGANIZING

Mitglieder der SAV haben zu Beginn des Jahres 2019 die Initiative für einen erneuten Anlauf zur Vernetzung von linken

Gewerkschaftsaktiven ergriffen. Die „Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften – VKG“ ist ein Zusammenschluss mehrerer betrieblich und gewerkschaftlicher Gruppierungen, die teilweise viel Erfahrungen in diesem Bereich aufzuweisen haben (ver.di-Linke NRW, IVG, Zeitung express u.v.a.). Die bundesweite Konferenz der IVG in Frankfurt war ein wichtiger Schritt zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. 150 Kolleg*innen aus IG Metall, ver.di, GEW, EVG, IG BCE und IG BAU diskutierten in Arbeitsgruppen, Branchentreffen und Plenumsdebatten über die aktuelle Ausrichtung der Gewerkschaften. Die Teilnehmer*innen verabredeten konkrete Vorhaben, vom Informationsaustausch bis zur gemeinsamen Herausgabe von Material bzw. Intervention in Tarifrunden und gaben sich einen 15-köpfigen Koordinierungskreis bestehend aus Vertreter*innen verschiedener linker Gruppen. Die weitere Entwicklung der Vernetzung hängt davon ab, ob es dem Koordinierungskreis gelingt, eine arbeitsfähige Struktur aufzubauen, um die teilweise real vorhandene betriebliche Verankerung auszubauen und für gemeinsame Kampagnen nutzbar zu machen.

Gleichzeitig gibt es andere Ansätze wie OKG (Organisieren, Kämpfen, Gewinnen), bei deren Konferenz im Oktober 2019 siebzig Teilnehmer*innen waren, darunter aber entgegen dem Anspruch der OKG wenige betriebliche Akteur*innen.

Innerhalb der gewerkschaftlichen Linken gibt es eine verstärkte Debatte über die Deep Organizing und Whole worker-Ansätze der US-Amerikanerin Jane McAlevey. Dahinter steckt eine systematische Strategie der kämpferischen betrieblichen Basisarbeit und des (Wieder-)Aufbaus von betrieblichen Strukturen. Die bisherigen Ansätze und Erfolge sind gut, Verlorengegangenes wird wiederbelebt, verkrustete Strukturen hinterfragt und aufgebrochen. Diese Ansätze stehen auch in einem gewissen Widerspruch zu den von Gewerkschaften verfolgten Top-Down-Methoden. Inwieweit diese Konzepte nachhaltig sein können hängt davon ab inwieweit organisierte linke Kräfte in der Lage sein werden, die durch sie entstehende Selbstorganisation durch kämpferische Politik und politische Perspektiven am Leben zu erhalten.“ Damit einhergehen muss der Aufbau einer organisierten Gewerkschaftslinken.

POLITISCHE BEWUSSTSEINSBILDUNG IN ZEITEN POLITISCH SCHWACHER GEWERKSCHAFTEN

In einer Zeit von hoher politischer Polarisierung und politisch schwach agierender Gewerkschaften können wir davon ausgehen, dass sich Kolleg*innen nicht nur und manche auch nicht vorrangig um Kapital- und Arbeit-Themen politisieren. Oftmals spielen Themen wie Umweltzerstörung, Klimawandel, Feminismus und Rassismus eine wichtige Rolle. Das ist

vor dem Hintergrund des wachsenden Anteils von Frauen und Migrant*innen in abhängigen Lohnarbeitsverhältnissen auch nachvollziehbar.

Für Menschen, die nach Deutschland migriert sind nur einen Bruchteil des Durchschnittseinkommens verdienen, gibt es keine Trennung zwischen dem Thema Rassismus und Lohnhöhe. Für Frauen, die aufgrund von Kindererziehungszeiten und Beschäftigung im schlechter entlohnten Dienstleistungssektor qualitativ weniger verdienen als Männer, eine wesentlich niedrigere Rente erhalten werden und nebenbei einen Großteil der Hausarbeit erledigen, spielt das Thema Feminismus eine Rolle. Es ist kein Zufall, dass die Themen Rechtspopulismus, Klimawandel und Wohnungspolitik den verd Bundeskongress 2019 stärker als je zuvor geprägt haben.

Es ist unsere Aufgabe, die Verbindung zwischen diesen Themen im Kapitalismus zu ziehen, die Bewegungen auf die organisierte Arbeiter*innenbewegung zu orientieren und eine sozialistische Perspektive zu bieten. Dabei gibt es keine Blaupause von Konzepten und Textbausteinen, die wir immer angewendet haben und deshalb genauso weiter anwenden, sondern wir müssen die geänderten Rahmenbedingungen und konkreten Fragestellungen dabei beachten.

Hinzu kommt, dass im Bewusstsein soziale und ökonomische Fragen derzeit eine untergeordnete Rolle spielen. Auch wenn sich das schnell wieder verändern kann, zB. durch einen drastischen ökonomischen Einbruch. Im Bewusstsein der Schichten der Klasse, die in den letzten Jahren leichte Reallohnzuwächse zu verzeichnen hatten, ist der Beginn der ökonomischen Krise noch nicht angekommen. Für den Teil der abgehängten Schichten der Arbeiter*innenklasse, der prekär beschäftigt ist oder der seit 2011 beispielsweise die Anrechnung des Elterngeldes auf Hartz IV verkraften musste, besteht schon lange ein Gefühl der Krise und es hat ein gewisser Gewöhnungseffekt eingesetzt. Das wird sich mit einem möglichen schärferen Wirtschaftseinbruch ändern, aber möglicherweise auch nicht in allen Sektoren der Klasse zum selben Zeitpunkt im selben Maße.

WOHNEN ALS „NEUE“ KLASSENFRAGE

Ein Thema, das ein hohes Potential hat für verbindende Klassenpolitik sind die steigenden Mieten. Wohnen ist zu einer der wichtigen Klassenfragen des 21. Jahrhunderts geworden und betrifft potentiell alle Mieter*innen, wenngleich es gewichtige Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt. Die Wirklichkeit ist für Millionen von Menschen so radikal, dass sie offen für radikale Antworten sind. Für viele ist es zum drängendsten Thema geworden, weil hohe Mieten wie Lohnsenkungen wirken und es zum Wohnen keine Alternative gibt.

In Deutschland besteht eine Sondersituation, weil es eines der wenigen Länder ist, in dem zumindest bis jetzt immer

noch mehr Menschen zur Miete wohnen als ein Eigenheim besitzen. Das ist auch einer der Gründe weshalb Deutschland bisher von einer vergleichweisen Immobilienblase wie in Irland, Spanien oder den USA verschont blieb. Der Mietpreisanstieg ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 Kapitalanleger verstärkt in (Bestands-) Immobilien investieren. Sie nutzen die Besonderheiten des Wohnungsmarktes, um die Mieten in immer neue Höhen zu treiben.

Der Zuspruch für die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ ist ein Beispiel dafür, wie eine kleine Initiative mit der richtigen Forderung zum richtigen Zeitpunkt Massenunterstützung erlangen und Bewusstsein weiter entwickeln kann. Sie gibt eine Vorstellung über die potentielle Macht der Gewerkschaften, der LINKEN und von Mietervereinen, und darüber was passieren könnte, wenn diese den Entwicklungen nicht nur hinterher traben, sondern selbst zum initiierenden Akteur werden.

Wir können auch weiterhin mit größeren Protesten gegen Mietsteigerungen rechnen. Am 28. März 2020 finden dezentrale Aktionen statt. Mittlerweile gibt es zwei bundesweite Bündnisse: das linkere, aber parteiendistanzierte Mietenwahnsinn-Bündnis und das Bündnis „Wohnen ist Menschenrecht“, bei dem DIE LINKE mitmacht.

Ein Problem beim Aufbau einer starken Mieter*innenbewegung besteht darin, dass viele Mieter*innen in ihren Initiativen nur für eine gewisse Zeit aktiv sind, bis die Mängel in ihrem Haus behoben oder sie selbst umgezogen sind. Viele kämpfen vereinzelt, sie stehen allein ihrer/m konkreten Vermieter*in gegenüber, Mieter*innen haben ihre Probleme ungleichzeitig. Die Wenigsten wollen es sich mit ihren Vermieter*innen verderben und werden oftmals wieder inaktiv. Hinzu kommt der dezentrale Aufbau des Mietervereins und die Untätigkeit der Gewerkschaften. All das führt dazu, dass es keine ausreichend starken bundesweiten Player bei der Organisierung der Mietenbewegung wie beispielsweise in Schweden mit der Mieter*innengewerkschaft gibt. Die Mietenbewegung ist daher Schwankungen unterworfen. Der Mietenkampf braucht verbindende Forderungen, für die es sich zu kämpfen und organisieren lohnt. Im Kleinen kann eine solche Zuspitzung in der Organisierung der Mieter*innenschaft von größeren Gesellschaften wie bei Akelius in Berlin gelingen. Im Großen könnte ein solches Thema in einer Reihe von Bundesländern der Kampf um einen Mietendeckel und Recht auf Mietabsenkung sein.

Die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ in Berlin ist nicht im luftleeren Raum entstanden. In den Jahren zuvor haben sich Hunderte Mieter*innen-Inis in Berlin gegründet und aktiviert. Der extreme Wechsel in Berlin von einer Stadt mit günstigen Mieten zu einer mit sehr hohen hat diese Aktivierung begünstigt. In anderen Städten - Köln,

München, Hamburg, Frankfurt - ist die Bewegung auch im Kleinen noch längst nicht so weit entwickelt. Das erklärt auch die sehr schwache Mobilisierung zur NRW-weiten Mietendeckung im April 2019. Über Demonstrationen lässt sich eine Bewegung im Mietbereich nur schwer aufbauen, nötig ist die Organisierung von unten. Zu einer politischen Zuspitzung und Organisierung kann es in einigen Bundesländern um die Forderung der LINKEN nach einem Mietendeckel geben. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Hamburg hat sich DIE LINKE zum Ziel gesetzt, konkrete Kampagnen für einen Mietendeckel zu führen.

ZUSTAND UND PERSPEKTIVEN DER KLIMABEWEGUNG

Das zentrale politische Thema im Jahr 2019 war der Kampf gegen den Klimawandel. Auf der SAV-Konferenz im September haben wir richtigerweise unser zu geringes Augenmerk auf die Klimabewegung korrigiert. Der Klimastreik am 20.09.2019, an dem bundesweit rund 1,4 Millionen Menschen auf der Straße waren, hat diese Einschätzung eindrucksvoll bestätigt. In Deutschland hat die Klimabewegung, insbesondere Fridays for Future (FfF), im weltweiten Vergleich besonders große Ausmaße angenommen. Ein Grund dafür ist die traditionell starke Umweltbewegung (Anti-AKW, Bewegung gegen Waldsterben in den 1980ern etc.), ein weiterer Hinweis, dass im Bewusstsein, wie weiter oben erläutert, andere politische Fragen, insbesondere soziale und ökonomische Fragen, derzeit eine untergeordnete Rolle spielen. Die Klimakrise wird im Bewusstsein breiter Schichten hingegen inzwischen als akute Bedrohung wahrgenommen. Es ist richtig von einer dramatischen Zuspitzung der Klima- und Umweltkrise zu sprechen. Die Geschwindigkeit der Erwärmung nimmt immer mehr zu. Teile der Klimabewegung (z.B. Extinction Rebellion) vermitteln apokalyptische Vorstellungen bezüglich der Auswirkungen der Klimaerwärmung. Doch auch wenn die Klimaerwärmung katastrophale Auswirkungen haben wird, ist in den kommenden Jahrzehnten nicht von einem plötzlichen Kollaps der menschlichen Zivilisation auszugehen. Vielmehr wird es ungleiche Entwicklungen in verschiedenen Regionen geben und werden die Folgen die Armen besonders treffen.

Der Klimawandel vollzieht sich in einer dramatisch höheren Geschwindigkeit als von Wissenschaftlern früher vorausgesagt. Die Erderwärmung überschreitet Kippunkte, die eine weitere Beschleunigung bedeuten: Methan entweicht aus schmelzenden Permafrostböden, Waldbrände emittieren enorme Mengen CO₂, geschmolzene Gletscher reflektieren kein Sonnenlicht mehr. Temperaturen steigen schneller als erwartet, vor allem in den Ozeanen. Die permanenten polaren Eiskappen sind bald Geschichte: Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Arktis im Sommer eisfrei ist.

Im letzten Jahrzehnt mussten 20 Millionen Menschen wegen Klimakatastrophen fliehen (Oxfam). In den kommenden 30 Jahren ist mit zusätzlichen 200 Millionen Klimaflüchtlingen zu rechnen. Der Klimawandel trifft besonders die Neokoloniale Welt. Klimawandelbedingte Dürren führen jetzt schon zu schweren Ernteausfällen, es wird geschätzt dass schon heute 52 Mio. Menschen in 18 afrikanischen Ländern deswegen hungern. Alle landwirtschaftlichen Produkte sind auf das jetzige Klima ausgerichtet. Die Nahrungsmittelsicherheit wird mit steigenden Temperaturen immer weiter abnehmen.

Teile der Welt, in denen bis zu 360 Millionen Menschen leben, drohen immer wiederkehrende tödliche Hitzewellen. Bis 2050 könnten 1,2 Milliarden davon betroffen sein. Einige Klimawissenschaftler*innen gehen davon aus, dass Teile des südlichen Afrikas, Lateinamerikas und Australiens für hunderte Jahre nicht aus der Dürreperiode kommen werden. Die zerstörerischen Waldbrände in Australien und im Amazonas zeigen, dass der Klimawandel nicht die Zukunft ist, sondern die Gegenwart. Zur Trockenheit kommen andere Wetterextreme, wie Überschwemmungen und Stürme. Die Welt kann sich in wenigen Jahrzehnten massiv verändern, bisher stabile Öko- und Wirtschaftssysteme kollabieren. Selbst eine demokratisch geplante Wirtschaft in einer sozialistischen Welt hätte sehr lange mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen.

KLIMAWANDEL ALS KLASSENFRAGE

Die Klimafrage ist eine Klassenfrage: Die Reichen werden sich Nahrungsmittel und Wasser trotz Knappheit und Dürre aneignen können, werden sich Häuser bauen können, die extremeren Wetterbedingungen standhalten, werden wenn nötig weniger vom Klimawandel betroffene Regionen besiedeln und die Folgen und Kosten wo es nur geht auf die Arbeiterklasse abwälzen. Allein 2017 mussten 18,8 Mio Menschen aufgrund von Naturkatastrophen fliehen. Der Fluchtgrund Klima wird massiv zunehmen.

Der von Menschen verursachte Ausstoß von Treibhausgasen muss kurzfristig drastisch gegen null gesenkt werden und mittelfristig ist es erforderlich, diese zusätzlich durch eine kapitalistische Produktionsweise erzeugten Treibhausgase aus der Erdatmosphäre zu entfernen. Einem Großteil der Bevölkerung ist bewusst, dass die Kapitalisten und ihre Vertreter in den Regierungen völlig unfähig und unwillens sind, die Klimakrise auch nur in Ansätzen zu lösen und die notwendigen massiven Maßnahmen einzuleiten. Tausendfach geteilte Aussagen von Greta Thunberg wie "Wenn eine Lösung im System unmöglich zu finden ist, sollten wir das System ändern" sind Ausdruck eines wachsenden, wenn auch recht konfuse, anti-kapitalistischen Bewusstseins an der Klimafrage, an dem wir als Sozialist*innen ansetzen können.

FRIDAYS FOR FUTURE

Die Fff-Proteste halten mittlerweile über ein Jahr an. Die Demonstrant*innen sind sehr jung und laut einer internationalen Befragung der TU Chemnitz sind bis zu zwei Drittel der Demonstrant*innen weiblich. Eine ganze Generation von jungen Leuten macht die Erfahrung von kollektivem Widerstand und wird durch Streiks radikalisiert. Bundesweite Schulstreik-Aktionen über einen Zeitraum von über einem Jahr hat es in Deutschland bisher noch nicht gegeben. Der Klimastreik am 20.09.2019 hat die Idee des politischen Streiks (wenn auch auf sehr niedrigem Niveau) in Teilen der Arbeiter*innenklasse wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Die Offenheit für radikalere Ideen ist im Vergleich zu Umweltprotesten in den vorherigen Jahren (z.B. Fukushima) deutlich gestiegen. Auch wenn der Mehrheit der Aktivist*innen „nachhaltiges Konsumverhalten“ wichtig ist, ist vielen bewusst, dass das (allein) die Klimakrise nicht lösen kann. Die konkreten bundesweiten Forderungen von Fff bleiben jedoch sehr begrenzt: Sie zielen auf die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens ab und darauf, die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen. Sie appellieren an die Politik. Auch unsoziale Maßnahmen wie die CO2-Steuer werden unterstützt.

Das Ende der regelmäßigen Freitagsstreiks in vielen Städten stellt die Bewegung vor neue Herausforderungen. Sie hat in Teilen der Fff-Strukturen aber auch Radikalisierungsprozesse in Gang gesetzt (Konzern-Shaming Aktionen, Aufwerfen konkreter lokaler Forderungen). Neue Fragen werden in der Bewegung aufgeworfen: Welche Wege soll sie einschlagen, welche Aktionsformen nutzen und mit wem sich vernetzen? Diese Fragen stehen in vielen FFF Gruppen auf der Tagesordnung und werden in verschiedenen Städten unterschiedlich beantwortet. Im kommenden Jahr könnten die Mobilisierungen weniger und auch zahlenmäßig kleiner werden. Es bleibt abzuwarten, ob der globale Streiktag am 24. April an den Erfolgen von September und November 2019 ansetzen kann. Es ist gut möglich, dass sich einzelne Themen wie Datteln 4 zu Mobilisierungsschwerpunkten entwickeln. Interessant wird auch, ob und wie sich die FFF-Gruppen in den Kommunalwahlen positionieren. Für viele Aktivist*innen stellt sich die Frage nach dem wie weiter. Daher ist es besonders wichtig, mit einem korrekten politischen Programm und einem vorwärtsweisenden Kampfprogramm einzugreifen.

Die bundesweiten Führungsstrukturen von Fff sind intransparent und scheinen recht undemokratisch organisiert zu sein. Auf der örtlichen Ebene gibt es große Unterschiede: Während in Hamburg beispielsweise die Fff-Gruppe kleinbürgerlich geprägt und hierarchisch organisiert ist, dominieren in Köln antikapitalistische Kräfte. In einigen Orten gibt es auf Fff-Demos Fahnen- und/oder Materialverbot für linke Organisationen. Teile der regionalen Führungsstrukturen wollen bewusst radikalere Inhalte aus den Demos raushalten.

Kölner Fff-Aktivist*innen und andere haben u.a. aufgrund der Verdrängung antikapitalistischer Inhalte eine bundesweite antikapitalistische Plattform „Change for Future“ gegründet, die aber wenig in Erscheinung tritt und bis auf einige Interviews und Zeitungsberichte, keine größere Ausstrahlungskraft entwickelt hat.

EXTINCTION REBELLION

Extinction Rebellion (XR) ist von London nach Deutschland geschwappt und übt auf Teile der Bewegung eine gewisse Anziehungskraft aus, da XR als radikaler Teil der Bewegung wirkt. Mit gewaltfreien Mitteln des zivilen Ungehorsams will XR Politiker*innen zwingen zu handeln und fordert eine Bürger*innenversammlung, die über notwendige Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit entscheidet. Auch wenn wir wissen, dass Streik und Massenprotest letztlich die deutlich radikaleren und vor allem wirksameren Mittel sind, werden aller Voraussicht nach in der kommenden Zeit ebenfalls kleinere Aktionen des zivilen Ungehorsams fortbestehen und Aktivist*innen anziehen, die jetzt schnell etwas tun wollen. Daher setzen wir in der Regel positiv an den Aktionen an und versuchen zu erklären, wieso diese allein nicht ausreichen oder teilweise in einen unnötigen Konflikt mit Kolleg*innen geraten können. Die Entscheidung von XR, keine konkreten Maßnahmen vorzuschlagen, sind inhaltlich sehr problematisch. So schreibt XR auf ihrer Website:

“XR hat die strategische Entscheidung getroffen, keine konkreten Vorschläge zu unterbreiten, wie die Klima- und Umweltkrise zu lösen ist. Es gibt seit Jahrzehnten genügend Lösungen und Ansätze, wie den allgegenwärtigen Krisen begegnet werden kann. Unser Schwerpunkt liegt hingegen auf der Schaffung von Entscheidungssystemen wie der Bürger:innenversammlung.“ Dies bietet die Chance auch im Umfeld von XR das Vakuum für radikale politische Konzepte zu füllen.

POSITIONIERUNGEN VON GEWERKSCHAFTEN UND LINKE

Auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird die Klimafrage langsam stärker zum Thema und wir haben in 2019 erste verhaltene gewerkschaftliche Mobilisierungen dazu beobachten können. In einigen Orten waren einzelne Gewerkschaftsgliederungen (insbesondere von ver.di und GEW) Teil der Bündnisse für den 20.09.2019, aber einen richtigen Streikaufruf oder ernsthafte Mobilisierungen in den Betrieben gab es nicht. Es ist gut, dass der (damalige) ver.di-Vorsitzende Bsirske zur Teilnahme an der Demo aufgerufen hat. Leider hat er lediglich zum Ausstempeln aufgefordert. Die bundesweite

Teilnahme von Kolleg*innen war beeindruckend, aber in der Regel hat kein wirklicher politischer Streik stattgefunden.

Auf dem ver.di-Bundeskongress 2019 war die Klimakrise ein wichtiges Thema, welches vor allem von der ver.di-Jugend gepusht wurde. Die Klimastreikwoche im November 2019 an den Hochschulen wurde von ver.di unterstützt. Auf der Führungsebene bleibt es jedoch in der Regel bei öffentlichen Unterstützungsbekundungen, auf der örtlichen Ebene gibt es vereinzelte Vorstöße, an denen wir ansetzen können. In Hamburg hat ver.di im Dezember 2019 beispielsweise auf Anregung des Fachbereichs 2 (zuständig für den Bereich Energie) einen Ratschlag für Klima-Interessierte auf den Weg gebracht. Dieser soll interessierten und aktiven Kolleg*innen als gemeinsamer Austauschort dienen.

Die gewerkschaftliche Organisierung in Bereichen der erneuerbaren Energien ist ein weiteres wichtiges Feld für Gewerkschaften. Tarifliche Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und entfristete Verträge sind Mangelware in diesen Unternehmen. Das Agieren der IG-BCE Führung im Hambacher Forst zeigt jedoch auch, wie Gewerkschaftsführungen sich vor den Karren der RWE-Bosse spannen lassen, um deren Propaganda "Arbeitsplätze vs. Klima" mitzutragen. Wenn es zu einer tieferen Rezession in Deutschland kommt, kann es zu als Klimamaßnahmen getarnten Steuererhöhungen, Betriebs-schließungen etc. kommen, was die Situation verkomplizieren würde und zu einem Graben zwischen Klimabewegung und Kolleg*innen der Autoindustrie, Braunkohle usw. führen kann. Übergangsforderungen wie neue qualifizierte Arbeitsplätze bei vollem Lohn für alle Beschäftigten bei Umstellung der Produktion, Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung und massive öffentliche Investitionen in die Bewegung zu tragen, sind wichtig, um der Spaltung entgegenzutreten.

Wie im Abschnitt zur LINKEN bereits erläutert, hat es die LINKE nicht geschafft mit dem Thema Klima in Verbindung gebracht zu werden. Programmatisch ist sie zwar deutlich weitgehender als die Grünen, ihr fehlt jedoch jegliche Dynamik, jede Radikalität, um dazwischen zu grätschen und die Grünen politisch herauszufordern. Bei FfF ist sie oftmals kaum präsent. In den USA wird vom „Green New Deal“ geredet. Die LINKE nennt das „sozial-ökologischer Umbau“. Diese Slogans helfen in Deutschland – aus verschiedenen Gründen – alle nicht weiter. Aber wir brauchen ein zugespitztes Programm, das plastisch schildert, dass radikale Klima-Maßnahmen nötig sind, dies aber nur gelingen kann, wenn die Arbeiter*innenklasse im Boot ist und ihre sozialen Interessen gefördert werden. Wir müssen eine klare Begrifflichkeit und Slogans für die Verbindung der ökologischen mit der Klassenfrage finden.

Zusammenfassend betrachtet wählt die Klimabewegung aktivistische und größtenteils massenhafte Protestformen, ist

aber programmatisch weiterhin sehr schwach aufgestellt. Bisher sind die Grünen die einzige Partei, die von der Klimabewegung profitieren konnte, obwohl dennoch nur 39% der Bevölkerung davon ausgehen, dass die Grünen geeignete politischen Konzepte haben, um gegen die Klimakrise vorzugehen (vgl. Civey Umfrage vom 26.07.2019).

Auch wenn die jetzigen Bewegungen abflauen sollten, ist davon auszugehen, dass Umwelt und Klima in der kommenden Periode zentrale Themen bleiben werden. Für die heute heranwachsende Generation ist die Klima- und Umweltkrise eines der zentralen Themen, an der sie sich politisieren und radikalisieren. Laut aktueller Shell-Jugendstudie 2019 benennen fast drei von vier Jugendlichen die Umweltverschmutzung als das Hauptproblem, das ihnen Angst macht, gefolgt von der Angst vor Terroranschlägen (66%) sowie dem Klimawandel (65%).

BEWUSSTSEIN UNTER JUGENDLICHEN

Die FfF-Proteste zeigen, dass sich eine neue Generation von Jugendlichen am Thema Klima und Umwelt politisiert und radikalisiert. Die meisten jungen Menschen auf den Klimademos sind vorher nicht politisch aktiv gewesen und gehören keiner Umweltgruppe oder Ähnlichem an. Die zunehmende Sorge um die ökologische Zukunft und der Drang, sich dafür aktiv einzusetzen, besteht unabhängig von Geschlecht, Ost/West, mit Migrationshintergrund oder ohne. Ein gewisses Gefälle gibt es allerdings beim Bildungsgrad: Die FfF-Proteste scheinen vergleichsweise stark von jungen Menschen geprägt zu sein, die Abitur machen wollen. Politisches Engagement nimmt zu, während das Vertrauen in Parteien weiterhin sehr gering ist.

Auf der Wahlebene schneiden bei jungen Leuten die SPD und CDU besonders schlecht ab, wovon aktuell die Grünen (z.B. in BaWü und Brandenburg) und zum Teil die AfD profitieren. In Thüringen war die AfD mit einem Stimmenanteil von 24 Prozent stärkste Kraft bei den unter 30-jährigen. Auch in Sachsen konnte sie relativ viele Stimmen von jungen Wähler*innen sammeln und lag gleichauf mit der LINKEN. Insgesamt schneidet die AfD unter jungen Menschen jedoch weiterhin unterdurchschnittlich ab. In den Altersgruppen zwischen 35 und 70 Jahren erreicht die AfD den größten Stimmenanteil. Dennoch zeigen die Zahlen, dass die AfD auch bei jungen Menschen ein Wähler*innenpotenzial besitzt, was wir nicht unterschätzen sollten. Die Angst vor einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit in Deutschland (52%) wird 2019 allerdings weiterhin häufiger genannt als die Angst vor weiterer Zuwanderung (33%) (Shell-Jugendstudie). Der Anteil an jungen Menschen, die denken, dass Deutschland weniger Zuwanderer als bisher aufnehmen sollte, ist seit 2015 jedoch gestiegen (Westen: 47%; Osten: 55%).

Linksjugend [solid] hat bundesweit noch weniger Profil in der FfF-Bewegung als die LINKE und verpasst damit Chancen, junge Menschen mit sozialistischen Ideen zu begeistern. Bundesweit koordinierte Arbeit findet nicht statt, Gremien sind in der Regel wenig arbeitsfähig. Anstatt die Probleme konkret anzugehen, wurde eine Strukturreform ins Leben gerufen. Die Landesmitgliederversammlung der linksjugend [solid] Bayern hat zudem einen Unvereinbarkeitsantrag mit SAV und Sol beschlossen. Die Attraktivität von Linksjugend [solid] ist davon geprägt, wer den Verband vor Ort trägt und aufbaut. Im BAK RL sind wir aktuell mit der Situation konfrontiert, dass der Sprecher*innenrat von Mitgliedern der Sol und einigen Hamburger Offensiv Genoss*innen dominiert wird. Das beinhaltet die Gefahr einer tendenziell ultralinken Entwicklungsrichtung.

FEMINISTISCHE BEWEGUNGEN UND ANSTEHENDE PROTESTE 2020

Wie im Teil zum Zustand der Arbeiter*innenklasse bereits beschrieben, ist diese deutlich weiblicher geworden. Der Dienstleistungssektor ist von Frauen und vielen Migrant*innen geprägt und erlebt eine Zunahme von Streiks. Die Politisierung und das Selbstbewusstsein von Frauen ist vor diesem Hintergrund, aber auch im Zuge von internationalen Protesten und Debatten wie beispielsweise #metoo qualitativ gestiegen. Die Schlechterstellung auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie, Gewalt gegen Frauen, das Nichtvorhandensein wirklicher körperlicher und sexueller Selbstbestimmung etc. werden wieder massiver und kollektiver hinterfragt. Das Bewusstsein unter Frauen in Ostdeutschland ist dabei weiterhin höher als in Westdeutschland, trotzdem sind die Kämpfe nicht größer. Die - bei allen Begrenzungen - deutlich fortschrittlichere Frauen- und Familienpolitik der DDR im Vergleich zur West-BRD hat bis heute Auswirkungen auf das Selbstverständnis von Frauen. Auch unter jungen Frauen (14 – 25 Jahre): Während sich beispielsweise im Westen 56% der jungen Frauen eine Familie mit männlichen Allein- oder Hauptversorger wünschen, sind es im Osten lediglich 31% (vgl. Shell Jugendstudie 2019).

Der massive Aufwind von Frauenbewegungen weltweit hat auch in Deutschland zum Anwachsen der feministischen Bewegungen geführt, auch wenn diese längst nicht das Ausmaß anderer Länder annehmen. Am 26. Januar 2019 hat es einen bundesweiten Aktionstag: „Jetzt erst recht! Keine Kompromisse #wegmit219a – Körperliche und sexuelle Selbstbestimmung sind nicht verhandelbar“ gegeben, an dem in ca. 30 Städten Menschen auf die Straße gegangen sind. Die Mobilisierungen blieben mit 5000 bis 6000 Menschen bundesweit jedoch ziemlich klein. Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2019 hat sich über die letzten Jahre auch in Deutschland etabliert.

Die größte feministische Mobilisierung war 2019 der Frauen*kampftag unter dem Slogan „Frauen*streik“ am 08. März 2019. Es ist ein großer Fortschritt, dass auch in Deutschland eine Initiative für einen Frauenstreik gestartet wurde und sich in vielen Orten Bündnisse gebildet haben, um vor Ort Aktionen zu organisieren. Die Protestform Streik stellt den Bezug zur Arbeiter*innenklasse her und macht deutlich: Wenn wir die Arbeit niederlegen, steht die Welt still. Die bundesweiten Forderungen des Frauen*streik-Bündnisses gingen über die gemeinhin als feministisch verstandene Forderungen hinaus und warfen Fragen nach Ende des Pflegenotstandes auf, nach einem Stopp von schlechter Bezahlung und unsicherer Arbeit für Frauen.

Die Demonstrationen am Nachmittag waren verhältnismäßig groß, aber zu nennenswerten Aktionen während der Arbeitszeit oder Streiks ist es am 8. März 2019 in Deutschland nicht gekommen. Es hat einzelne Betriebsversammlungen im Pflegebereich gegeben, zudem haben Beschäftigte bei Amazon in Solidarität gestreikt. Eine Dynamik wie beim Klimastreik, der in breiteren Schichten der Arbeiter*innenklasse diskutiert wurde, gab es jedoch nicht. Trotzdem war die Initiative ein Fortschritt, an dem wir positiv ansetzen und konkrete Ideen entwickeln, wie wir die Streiks verbreitern können und wieso der gemeinsame Kampf mit Männern aus der Arbeiter*innenklasse die Bewegung stärkt.

Unter größeren Teilen der Aktivist*innen des Frauen*streik-Bündnisses sind Ideen von „Identity Politics“ verbreitet. Ein Ausdruck davon ist die falsche Herangehensweise an sogenannte Cis-Männer, die sich in der Regel nicht am Streik oder sogar gar nicht an den Demos beteiligen sollten. In diesem Zusammenhang steht auch die Forderung eines Hausarbeits- oder Care-Arbeit-Streiks, der die Debatte weg von gesellschaftlicher Verantwortung von Haus- und Care-Arbeit und hin zum Verteilungskampf zwischen Mann und Frau verlagern kann (davon abgesehen, dass ein Care-Arbeitsstreik für Alleinerziehende oder in lesbischen Beziehungen Lebende noch weniger bringt und zum Teil nicht möglich ist). Es ist für uns jedoch wichtig, ein Verständnis dafür zu entwickeln, wieso solche Ideen entstehen, wenn es für die absolute Mehrheit der Frauen Alltag ist, deutlich mehr Haushalts- und Care-Arbeit als ihre männlichen Partner zu leisten. Diese Realität aufzeigen zu wollen ist nachvollziehbar. Wir müssen vorwärtsweisend, positiv aufzeigen welche Kampfschritte und Forderungen uns im Kampf für Gleichberechtigung wirklich weiterbringen würden, und weshalb wir vor allem für Arbeitszeitverkürzung für Alle und für die Vergesellschaftung von Haus- und Care-Arbeit kämpfen müssen.

Auch in 2020 wird es einige bundesweite Aktionstage (Frauenkampftag, Tag gegen Gewalt gegen Frauen) geben, die ein Anziehungspunkt für Frauen sein werden. Doch nicht nur an der geschlechtsspezifischen Unterdrückung werden Frauen

aktiv. Wie im Teil zu Gewerkschaften beschrieben, sind der Kampf für mehr Personal in den Krankenhäusern als auch anstehende Tarifrunden und die Klimabewegung aktuelle

Themen, in denen sich vornehmlich Frauen beteiligen und politisieren.

ZUSAMMENFASSUNG

Die ökonomische Krise wirft ihre Schatten voraus. Sie trifft auf ein Land, was trotz eines mehrjährigen wirtschaftlichen Aufschwungs nicht stabil ist. Die Polarisierung hat zugenommen, viele "Politikfelder" sind hart umkämpft. Die Klimabewegung ist die größte seit der Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre. Während es viele antirassistische Aktionen gegeben hat, haben v.a. die Rechtspopulist*innen vom Thema Migration/Geflüchtete profitiert, ebenso von der Krise der EU. Die "soziale Frage", die Klassenfrage, stand in den letzten Jahren nicht im Vordergrund, was sowohl den Grünen als auch der AfD nutzte.

Doch die sozialen Probleme haben selbst im Krisengewinnerland Deutschland zugenommen, zumindest für einen großen Teil der Klasse. Ein Abschwung wird die Klassenfrage stärker in den Mittelpunkt rücken.

Das bedeutet nicht, dass das gesamte Bewusstsein schnell umgewälzt wird. Die Arbeiter*innenklasse wird auch in die nächste Krise politisch eher unvorbereitet hineingehen müssen, ohne eine Führung, die diesen Namen verdient. Wir müssen davon ausgehen, weiterhin mit einer sehr komplexen Situation konfrontiert zu sein: Politisierung und Radikalisierung, die bei unterschiedlichen Schichten in Tempo und Tiefe unterschiedlich verläuft. Schnell aufkommende Themen, die aber nicht zu anhaltenden, verallgemeinerten Kämpfen führen. Lokale oder regionale Kämpfe mit hoher Intensität. Eine politische und soziale Differenzierung in der Klimabewegung, ein Verkomplizierung der Klimafrage, wenn Tausende Jobs im Autosektor bedroht sind.

Wir können heute nicht davon ausgehen, schnelle Durchbrüche in den nächsten ein bis zwei Jahren zu erzielen. Aber wir haben definitiv Möglichkeiten, schneller zu wachsen als in der letzten Periode. Nötig ist eine marxistische Organisation, welche die Augen offen hält und schnell reagiert, aber nicht von einem Thema zum nächsten hüpf, sondern die Kräfte konzentriert und zu einem Faktor wird. Politisch ist es vor allem nötig, die Klimafrage tiefer zu durchdringen und das sozialistische Programm so zu formulieren, dass es auch die neuen Aktivist*innen erreicht. Während wir die Wichtigkeit des Klimakampfes und des Kampfes gegen jede Art von Diskriminierung durchaus betonen, ist uns klar, dass all diese Fragen nur durch die gemeinsame Bewegung der Arbeiter*innenklasse gelöst werden können.